C 21783 F

DAS SCHULLANDHEIM

1 Information und Bericht
Tagung im Schullandheim Kisdorfer Wohld

8 Antragstellung für Modellversuche

9 Klassenfahrten und Richtlinien

14 Betreuung von geistig Behinderten
im Schullandheim Vorra

22 Das Unterrichtsbeispiel

27 Modellversuch im Schullandheim
— Teil 3 —

49 Aus der Arbeit in den Bundesländern

60 Städtenotizen

Fachzeitschrift des Verbandes Deutscher Schullandheime
1. Vierteljahr 1975 Nr. 94

„Das Schullandheim", Fachzeitschrift des Verbandes Deutscher Schullandheime mit Sitz in 2 Hamburg 13, Tesdorpfstraße 16, Telefon (0 40) 45 16 41. Erscheint vierteljährlich. Postverlagsort Hamburg. Preis DM 1,50 je Heft.

Schriftleiter: Hans-Jürgen Hübner, 28 Bremen, Wilhelm-Liebknecht-Str. 4, Telefon (04 21) 46 26 35, dienstl. (04 21) 4492-5159

Ständige Mitarbeiter: Heinrich Lübker, 207 Ahrensburg, Am Birkenhain 3; Dr. Ernst Schmidt, 2057 Reinbek, Raade 12; Herbert Künning, 2800 Bremen, Kopernikusstraße 141, Telefon (04 21) 27 09 53

Anzeigenwerbung: Über die Schriftleitung

Druck und Verlag: Hans Krohn, 2800 Bremen 21, Werftstraße 180

Information und Bericht

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands am 14. 2. 75 im Schullandheim „Kisdorfer Wohld"

Der Geschäftsführende Vorstand hat sich vor der Tagung des Pädagogischen Arbeitskreises in Kisdorfer Wohld getroffen und in einem ausführlichen Arbeitsgespräch sowohl für die Arbeit des Pädagogischen Arbeitskreises als auch für die Vorstandssitzung Überlegungen angestellt.

Zu TOP 1

Der Geschäftsführende Vorstand (GV) stellt fest, daß die Abrechnung für die Mittel des Modellversuchsprogramms 1973 abgeschlossen ist und die Abrechnung ohne Beanstandung akzeptiert wurde. Zusätzlich zur eigentlichen Abrechnung wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten Einzelaufrechnungen gemacht, um eine bessere Übersicht zu geben. Die für 1974 beantragten Mittel sind in voller Höhe, d. h. in Höhe von DM 311 000,— bewilligt worden.

Für 1975 wurden DM 790 000,— beantragt, bewilligt jedoch nur DM 573 000,—. Die Kürzungen betreffen vor allem die Bereiche Lehr- und Lernmittel und Mobiliar.

Anträge für Mittel aus dem Modellversuchsprogramm für das Jahr 1976 müssen bis zum 1. 6. 1975 in Hamburg vorliegen.

Zu TOP 2

Die Finanzierung der Veröffentlichung des Handbuches ist als gesichert anzusehen. Es soll versucht werden, das Handbuch bis zur 50-Jahr-Feier des Verbandes Deutscher Schullandheime im September 1975 fertigzustellen. Der Pädagogische Arbeitskreis wird darauf angesprochen werden, im Mai in einer Sitzung im Schullandheim Stenum, die Abschlußarbeit am Manuskript durchzuführen.

Zu TOP 3

Herr Klaus Lemitz hat den Vorsitz im Pädagogischen Arbeitskreis niedergelegt. Der Geschäftsführende Vorstand übernimmt bis zur Neuwahl die organisatorische Leitung. Zielsetzung der Arbeit ist die Fertigstellung des Handbuches und die Erstellung von Unterrichtsbeispielen. Festgelegt wird das nächste Treffen des Pädagogischen Arbeitskreises auf den Zeitraum 9.—11. Mai im Schullandheim Stenum bei Bremen.

Zu TOP 4

Der Gesamtvorstand wird sich vom 4.—6. April auf der Wegscheide treffen, um dort

1. das Programm für Stuttgart zu erarbeiten,
2. weitere Überlegungen zur Veröffentlichung des Handbuches und der Jubiläumsschrift anzustellen,
3. zum Modellversuchsprogramm Erwägungen anstellen und
4. eine Denkschrift zur finanziellen Situation und zur Mittelbereitstellung für Schulfahrten erarbeiten, gedacht ist dabei u. U. an eine Zusammenarbeit mit dem DJH.

Zu TOP 5

Der Geschäftsführende Vorstand berät über die Jubiläumsveranstaltung und trägt Grundgedanken für die weiteren gemeinsamen Überlegungen mit dem Landesverband Baden-Württemberg zusammen.

Zu TOP 6

Der Geschäftsführende Vorstand nimmt mit Dank ein Schreiben des Landesverbandes bayrischer Schullandheime zur Kenntnis, in dem der Vorstand gebeten wird, für das Jahr 1976 eine Veranstaltung des Gesamtverbandes Deutscher Schullandheime nach Würzburg zu legen.

Arbeitssitzung des Pädagogischen Arbeitskreises im Schullandheim „Kisdorfer Wohld"

Zu TOP 1

Der Geschäftsführende Vorstand gibt nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer einen Überblick über die zu leistende Arbeit im Hinblick auf die geplante Septemberveranstaltung. Das Handbuch sollte möglichst zu diesem Termin vorliegen.

Zu TOP 2

Zu 2.1 gibt Herr Kruse einen Gesamtbericht über das Modellversuchsprogramm „Projektarbeit in Schullandheimen" 1973/74.

Herr Kruse erinnert noch einmal daran, daß sich durch die sehr späte Entscheidung über die Gewährung von Bundeszuwendungen die Durchführung der Projekte 1973/74 verzögerte. Nachdem Ende 1973/Anfang 1974 die materiellen und baulichen Voraussetzungen in den beteiligten Schullandheimen geschaffen waren, sind in allen sieben Schullandheimen die Projekte erprobt worden.

Inzwischen liegen die Ergebnisse dieser Unterrichtsprojekte vor. Sie sind zum Teil in Form von Sonderdrucken als Beilage in der Fachzeitschrift und als Aufsatz veröffentlicht worden. Die noch ausstehenden Projektberichte wollen auf dieser Arbeitstagung an Hand der erarbeiteten Vorlagen und Manuskripte in Gruppen besprochen, überarbeitet und verabschiedet werden.

Die Abrechnung der Einzelprojekte im Rahmen des Modellversuchsprogramms 1973/74 wurde in Abstimmung mit der Koordination vorgenommen und zu einer Gesamtabrechnung zusammengestellt. Die Abrechnungsunterlagen verbunden mit einem Verwendungsnachweis wurden der Schulbehörde Hamburg als zuständiger Behörde zur Überprüfung vorgelegt. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen. Der zahlenmäßige Nachweis wurde daraufhin von der Schulbehörde Hamburg an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft weitergeleitet.

Fristgerecht zum 1. Mai 1974 war ein erster Sachbericht dem Bundesministerium zur Kenntnis übergeben worden. Ein zweiter erweiterter Sachbericht wurde im August 1974 erstellt und den Mitgliedern der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung vorgelegt. Dieses Gremium entscheidet über die Bewilligung der Mittel zur Förderung von Modellversuchen.

Zu TOP 3

Die Fortschreibung des Modellversuchsprogramms für 1974/1975 ist gewährleistet. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung bewilligte die für 1974 beantragten Zuwendungen in voller Höhe, insgesamt 311 000,— DM (vgl. Heft 90 der Fachzeitschrift, S. 5). Für 1975 mußten zwar Kürzungen hingenommen werden; doch wird insgesamt ein Betrag von 573 900,— DM als Bundeszuwendung zur Verfügung stehen. Davon entfallen auf

Bayern	306 350,— DM
Berlin	53 000,— DM
Bremen	17 350,— DM
Hamburg	15 000,— DM
NRW	66 100,— DM
Saarland	12 000,— DM
Schleswig-Holstein	84 000,— DM

Ausblick auf 1976

Neue Anträge für 1976 müssen bis zum 1. 6. 1975 beim Verband Deutscher Schullandheime e. V. gestellt werden (siehe Sonderdruck und Artikel in dieser Fachzeitschrift Seite 8).

Zu TOP 4

Die Arbeitsgruppen zogen sich zur Erarbeitung der Einzelaufgaben zurück, nachdem Prof. Kochansky und Kl. Lemitz über den Stand der Arbeit am Handbuch berichtet hatten.

Zu TOP 5

Nach dem Abendessen am Samstag, dem 15. 2. 1975, berichteten die einzelnen Arbeitsgruppen im Plenum über ihre Arbeitsergebnisse.
Herr Lendt berichtet aus der **Gruppe „Erziehung":**

Ausgehend davon, daß Schullandheimarbeit Teil der Schule ist, haben wir uns mit den Kriterien befaßt, die neben dem **schullandheimspezifischen Unterricht** Alternativen für die leistungsorientierte Regelschule darstellen. Hierbei haben wir ERZIEHUNG in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen gestellt und die Bereiche

soziale Erziehung,
Freizeithilfen

und hierzu wiederum als Teilbereich

Spiel und Sport
in Schullandheimen

abgehandelt.

Wir kamen zu dem Resultat, daß nach neuerer Erkenntnis lernzielorientierter Unterricht — vor allem, wenn Fragen der Erziehung und des Menschenbildes eingeschlossen sind — in seinen Ergebnissen nicht immer abfragbar ist. Daraus folgt, daß sich der Beitrag zum praktischen Teil des geplanten Handbuches in wesentlichen Zügen von der Form, in der die Unterrichtsbeispiele erscheinen werden, unterscheidet. Das schon deshalb, weil z. B. das Thema „soziale Erziehung" nicht abstrahiert werden kann, sondern in vielen Angeboten der Schullandheimarbeit entweder gelegentlich oder aber schwerpunktmäßig zum Tragen kommt. Daraus folgt die Notwendigkeit, in diesem Abschnitt mit Verweisungen zu arbeiten (Beispiel: „Zur Einübung von Kooperationsfähigkeit ist das Unterrichtsbeispiel Nr. X aus dem situationsbedingten Unterricht besonders geeignet".) Daneben ist es natürlich erforderlich, konkrete Beispiele für den emotiven Bereich auszuarbeiten und neben die vorhandenen Unterrichtsbeispiele zu stellen.

Insoweit sind folgende Themen verteilt worden:

a) Rollenspiele
(Schichten- und sexualspezifische Thematik) — Herr Lemitz

b) Kooperation und Toleranz — Herr Hecht

c) „Der schwierige Schüler im Heim"
(Zwei Fallstudien aus dem Bereich der Haupt- und Gehörlosenschule) — Herr Hagen

d) Soziale Erziehung im Rahmen eines Schullandheimaufenthaltes von Berufsschülern — Herr Weber

Zum Gebiet „Freizeithilfen" stellt Prof. Dr. Kochansky wahlweise Hobby-Angebote zur Verfügung. Weitere Themen wird Herr Hagen hierzu vorlegen.

Herr Balz hat sich bereit erklärt, exemplarische Vorlagen zum Thema „Spiel und Sport im Schullandheim" einzureichen und sie durch Literaturangaben zu ergänzen (z. B.: „Kinderspielplatz am Schullandheim", life-time-Sport).

Die **Arbeitsgruppe „Analyse"** hat noch einmal die Auswertung der Schülerfragebogen im Rahmen der Voruntersuchungen (1972) diskutiert und legte dem Plenum das Arbeitsergebnis vor. Der Arbeitsgruppe wurde bestätigt, daß sie bei der weiteren endgültigen Auswertung der Voruntersuchungen in ähnlicher Form weiter arbeiten sollten. Alle Ergebnisse der Voruntersuchungen und der Hauptbefragung (vgl. Heft Nr. 88/89 der Fachzeitschrift)sollen bis zum 8. Mai noch einmal überarbeitet und für eine Veröffentlichung fertiggestellt werden.

Die **Arbeitsgruppe „Planung und Durchführung von Schullandheimaufenthalten"** hatte sich zur Aufgabe gestellt, verschiedene Arbeitspapiere und -mappen zu diesem Thema zu sichten, durchzuarbeiten und zu einem Bericht als Artikel zusammenzustellen. Die Arbeitsgruppe will intern noch weitere Informationen austauschen und fristgerecht den Bericht vorlegen.

Die **Arbeitsgruppe „Projektarbeit in Schullandheimen — schullandheimbezogener** Unterricht hatte sich nach Abklärung verschiedener Probleme in mehrere Untergruppen aufgeteilt:

Gruppe „Fernseherziehung im Schullandheim": Von dem Projektleiter Herr Lindemann wurde der Bericht über das Unterrichtsprojekt im Schullandheim Obersteinbach „Wir erstellen eine Tagesschau aus dem Schullandheim" der Gruppe vorgestellt. Der Bericht behandelt einen erprobten Ausschnitt aus der Projektarbeit „Fernseherziehung" im Rahmen des Modellversuchsprogramms. Die Gruppe diskutierte den Bericht, ergänzte ihn und legte ihn als überarbeiteten Projektbericht dem Plenum vor. Ein weiteres Projekt über „Fernseherziehung" aus dem Schullandheim Dötlingen (Projektleiter Herr Wintermann) wurde besprochen. Die Arbeitsunterlagen wurden gesichtet und sollen im Hinblick auf Veröffentlichungen zusammengestellt werden.

Gruppe „naturwissenschaftliche Projekte im Schullandheim": Diese Gruppe behandelte folgende Projektberichte: „Mikroskopierkurs im Schullandheim Berschweiler — Mikroskopische Untersuchungen an Geweben und Organen der Pflanzen" (Projektleiter Herr Rein); dieser Bericht wurde durchgearbeitet und mit Ergänzungen als Projektbericht vorgelegt; Zeichnungen und Bilder werden nachgereicht. Das zweite Projekt „Erforschung von Wetterfaktoren, Größenbestimmung meteorologischer Erscheinungen, Lesen von Wetterkarten" befindet sich noch im Planungsstadium. Der Entwurf wurde an einigen Stellen verändert (Projekt im Schullandheim Berschweiler; Herr Hippler).

Die Gruppe „Projekte mit soziokulturellen Themeninhalten" diskutierten die Planungsentwürfe „Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Gebietsreform in dem Raum um das Schullandheim Berschweiler — Großgemeinde Marpungen" (Herr Wagner) und „Bestandsaufnahme soziokultureller, volkskundlicher Probleme in der Umgebung des Schullandheims Pleystein (Bayern)" (Herr Bauer).

Die Gruppe „Projekte mit politisch-wirtschaftlichen und technischen Inhalten" überarbeitete das erprobte Unterrichtsprojekt „Kreuzungsbauwerke" im Rahmen des Themenbereichs „Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals (wirtschaftliche,

politische und technische Aspekte)". (Schullandheim Lankau, Herr Fuhrmann). Aufgrund der Diskussion und der Veränderungen kann der Projektbericht im März fertiggestellt werden. Ein Planungsentwurf aus dem Unterrichtsprojekt „Technisches Werken im Schullandheim" (Schullandheim Heidenheim, Herr Krautwurst) wurde im Anschluß besprochen, Anregungen wurden ausgetauscht.

Aufgrund von Hinweisen aus dem Mitarbeiterkreis wird der Projektbericht „Berufsschulunterricht im Schullandheim" des Schullandheimvereins für Berufsbildung in Rheinland-Pfalz e. V., Ludwigshafen, (Herr Weber) noch einmal überarbeitet und fristgerecht zum Mai vorgelegt.

Herr Lemitz übernimmt die Aufgabe, die bereits veröffentlichten Unterrichtsbeispiele im Hinblick auf eine Veröffentlichung zu überarbeiten.

Prof. Kochansky händigt dem Plenum die von ihm überarbeitete Gliederung aus. Er stellt in Aussicht, seinen Beitrag zum Handbuch „Theorie der Schule — Theorie des Schullandheims" rechtzeitig bis zum 8. Mai 1975 fertigzustellen.

Es wird die Aufgabe des Arbeitskreises sein zu beraten, in welcher Form die dann vorliegenden Beiträge als erste Ausgabe des Handbuches veröffentlicht werden können. Eine weitere Aufgabe wird es sein, die Unterthemen inhaltlich aufeinander abzustimmen und durch Zwischentexte zu ergänzen. Es wird gebeten, für die einzelnen Themenbereiche Bildmaterial zu sammeln und vorzulegen.

Wechselbezüge für
Wohnheim-Matratzen nur 18,50 + MWST
Knopfverschluß zum Selbstbeziehen, Sanfordrell einlauffest, alle Abmessungen.
Spezialprogramme für Heime und Sozialgebäude. – Katalog kostenlos!
BOCKORNY OHG – 7012 FELLBACH – POSTFACH 1103
Telefon (07 11) 58 26 69 / 58 95 58, Telex 7 254 767

Antragstellung für Zuwendungen aus Bundesmitteln für Modellversuche in Schullandheimen

Für 1976 sollen erneut Zuwendungen aus Bundesmitteln für die Förderung von Unterrichtsprojekten in Schullandheimen beantragt werden.

Die Anträge der Schullandheimvereine müssen bis zum 1. Juni 1975 in der Geschäftsstelle des Verbandes Deutscher Schullandheime e. V. vorliegen, da sie schon bis zum 30. Juni 1975 als Gesamtplan in der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingereicht werden müssen.

Interessierte Mitglieder werden gebeten, die Antragsunterlagen für 1976 bei dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Herrn H. Schenk, 2 Hamburg 50, Mendelssohnstraße 86 anzufordern. Bei ihm können unter der Telefonnummer (0 40) 89 38 03 auch weitere Auskünfte eingeholt werden.

Die finanzielle Förderung im Rahmen des Modellversuchsprogramms erstreckt sich in erster Linie auf Lehr-, Lern- und Arbeitsmittelbeschaffung. Es können aber auch bauliche Erweiterungen und Mobiliarergänzungen beantragt werden, die zur Durchführung des Projekts Voraussetzung sind, z. B. die Herrichtung eines Arbeits- und Funktionsraumes, bzw. eines Mehrzweckarbeitsraumes für Schülerversuche, Werkstattarbeit, für Film- und Fernsehvorführungen.

Der Bund übernimmt grundsätzlich nur 50 % der erforderlichen Kosten, die zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung des Projektes erforderlich sind. Die restlichen 50 % müssen durch eine Anteilfinanzierung aufgebracht und nachgewiesen werden.

Die Anteilfinanzierung kann sich aus eigenen Mitteln des Schullandheimträgers, aus Spenden, Landesmitteln und sonstigen öffentlichen Mitteln (jedoch keine weiteren Bundesmittel), aber auch u. a. aus den Aufenthaltskosten für Schüler, Lehrer und Begleitpersonen, Fahrgeldern, Lehrergehältern, Bewirtschaftungskosten des Heimes und evtl. Elternhilfen zusammensetzen, soweit sie mit Maßnahmen für das geplante Unterrichtsprojekt im Zusammenhang stehen. Grundsätzlich gelten alle mit der Projektförderung zusammenhängenden Einnnahmen als Deckungsmittel für alle mit der Projektförderung zusammenhängenden Ausgaben.

Die THEMEN des Projektunterrichts sollen schullandheimbezogen sein. Das Heim und seine Umgebung bieten die Lernobjekte. Es geht nicht darum, die planmäßig vorgesehenen Unterrichtsaufgaben aus der Schule in das Heim zu verlegen. Die Regelschule kann nicht als Modellversuch gefördert werden.

Weitere Informationen über Begründung und Zielsetzung, Anlage und Durchführung des Modellversuchsprogramms „Projektarbeit in Schullandheimen" können Sie nachlesen in den Heften Nr. 90 und 93 der Fachzeitschrift „Das Schullandheim".

Klassenfahrten und Richtlinien

Im Rahmen der Arbeitstagung in Kisdorf wurde versucht, die stark divergierenden Richtlinien der Bundesländer und Westberlins unter verschiedenen Gesichtspunkten zu vergleichen. Vor der Tagung war — ausgehend von der Sitzung in Winterburg — ein Fragebogen an die Vorsitzenden der Landesverbände verschickt worden, um eine Vorklärung zu haben. Bei der Aufarbeitung fühlte man sich sehr bald mit dem Gefühl belastet „Unvergleichbares vergleichen zu wollen". Das vorgelegte tabellarische Material ist als ein Versuch anzusehen, die zum Teil mit „wenn und aber", „kann" und „sollte" formulierten Richtlinien in den Kernpunkten gegeneinander zu halten. Vereinfachungen (bei den vielen Ausnahmen und finanziellen Einschränkungen „falls" die Mittel reichen!) waren erforderlich. Man nehme dieses Material nur für eine Groborientierung, ohne daß die Arbeitsgruppe eine Gewähr für Exaktheit der Einbeziehung aller Richtlinienpunkte übernehmen könnte.

Was nicht zum Ausdruck kommen kann sind die Sondergenehmigungen, besonderen Zuschußansprüche, Einzelzuwendungen und Probleme aus ortsabhängigen Vorbehalten.

Von einer „Chancengleichheit" jedenfalls ist — und damit wird der Eindruck der Beteiligten wiedergegeben — keine Spur zu finden. Begründend für Einschränkungen sind vorwiegend finanzielle Erwägungen.

Was aber nützt es, wenn Klassenfahrten grundsätzlich gewünscht und zulässig sind, ihre Genehmigung jedoch daran scheitert, daß eine finanzielle Abdeckung der aus den Richtlinien zu entnehmenden Zuschüsse nicht vorhanden ist... Dann helfen auch noch so wohlgemeinte Formulierungen im pädagogischen Teil der Richtlinien nichts! Diese indirekten Einschränkungen sind es u. a., die einen objektivierten Vergleich für den nicht täglich mit der jeweiligen Landespraxis Konfrontierten unmöglich machen.

Tabelle 1
Genehmigte Klassenfahrten

→ Generelle Genehmigung
- - → Eigenes Heim bzw. innerhalb Berlin

	Vorschulklassen u. Schulkindergarten	Kl. 1	Kl. 2	Kl. 3	Kl. 4	Kl. 5	Kl. 6	Kl. 7	Kl. 8	Kl. 9	Kl. 10	Kl. 11	Kl. 12	Kl. 13	Bemerkungen
1 Baden-Württemberg							- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- - →	1 x während der Schulzeit
								→	→	→	→	→	→	→	7 bis 14 Tage
2 Bayern		→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	Dauer mindestens 6 Tage
3 Berlin				- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- - →	Ausnahme Klasse 4 möglich
						→	→	→	→	→	→	→	→	→	mindestens 14 Tage
4 Bremen	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	
5 Hamburg	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	
6 Hessen								→	→	→	→	→	→	→	Ausnahme ab Klasse 3 möglich
7 Niedersachsen	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	Nur einmal 7 Tage pro Schuljahr
8 Nordrhein-Westfalen					→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	Einschränkung i. einzeln. Klassenstufen nach Zahl u. Dauer
9 Rheinland-Pfalz						→	→	→	→	→	→	→	→	→	Sondergenehmigung ab Klasse 4
10 Saarland						→	→	→	→	→	→	→	→	→	
11 Schleswig-Holstein					→	→	→	→	→	→	→	→	→	→	

„Können dürften wir schon, wenn wir nur können könnten". Das ist dann der Schluß des Praktikers, der auf den praktikablen Gehalt einer Richtlinie angesprochen wird. Es mag eine tröstliche Folgerung sein, daß man allgemein weniger einengen würde, wenn es genügend Mittel gäbe und daß die Pädagogen überzeugt „ja" sagen, wenn es um die Fragen nach Bedeutung und Effizienz von Schullandheimaufenthalten geht. Die Beschränkungen — und das ist eine abgesicherte Aussage — sind in der zu geringen Mittelausstattung zu begründen. Der Vorstand wird in dem Bemühen um eine Änderung eine wichtige Aufgabe sehen.

Tabelle I

Diese Übersicht müßte allein mit einer mehrseitigen Auflistung von Sonderrichtlinien ergänzt werden. Sie bezieht nur die grundsätzlich möglichen Bereiche ein und ergänzt diese durch die wichtigsten Zusatzbemerkungen.

Tabelle II

Auch hier gibt es vielfältige Interpretationsmöglichkeiten und sicher wird an einzelnen Orten und in einzelnen Trägerverbänden eine Abweichung möglich sein. Für den allgemeinen Überblick erscheinen die errechneten Durchschnittszahlen dennoch dienlich. Von wenigen extremen Abweichungen, die individuell zu beschreibende Gründe haben, pendelte sich sowohl der Tagessatz als auch die faktischen Kosten für die Eltern auf eine mittlere, gemeinsame Spanne ein, die einen Vergleich nicht zu scheuen braucht.

Tabelle III

Wiederum deutliche Unterschiede! Und es muß erneut auf die Verschiedenartigkeit der Trägerschaft der Heime verwiesen werden, die Einfluß auf Zuschußhöhe und Zuschußgeber hat. Vielleicht wird hier die Differenziertheit der Konditionen der Mitglieder des Verbandes Deutscher Schullandheime besonders augenfällig. Es wird ein weiterer, detaillierter Überblick aufgrund der uns vorliegenden Richtlinien der Bundesländer erarbeitet werden, der es gestattet, Einschränkungen und Beschränkungen gezielt abbauen zu helfen.

H. J. Hübner

Tabelle 2
Kosten und Zuschüsse bei Klassenfahrten (Zahlen aus 1974)

	Durchschnittlicher Tagessatz oder Heime	Tatsächliche Kosten für die Eltern	Fahrtkostenträger
1 Baden-Württemberg	9,— bis 14,—	ca. 9,—	Eltern
2 Bayern	11,30 bis 17,—	9,— bis 10,50	in der Regel Eltern
3 Berlin	in Berl. 5,50 b. 20% Freist.; außerh. 10,50 b. 11,—	10,50	Eltern
4 Bremen	8,— bis 10,50	0,0 bis 10,50	Eltern
5 Hamburg	9,20 bis 12,80	ca. 11,—	Eltern
6 Hessen	9,— bis 13,50	9,— bis 13,50	Eltern
7 Niedersachsen	7,— bis 14,—	7,— bis 14,—	
8 Nordrhein-Westfalen	11,— bis 19,—	5,— bis 12,—	Eltern, Land, Gemeinde unterschiedlich:
9 Rheinland-Pfalz	8,50 bis 24,—	7,— bis 16,—	Eltern
10 Saarland	10,—	bis 7,50	Eltern bis 2,—
11 Schleswig-Holstein	10,— bis 15,—	Freiplatz bis 12,—	Eltern

Tabelle 3
Woher kommen die Zuschüsse?

	Land	Kommune	Trägerverein	Sozialamt
1 Baden-Württemberg	×	×	—	—
2 Bayern	—	×	×	×
3 Berlin	—	×	×	× *)
4 Bremen	—	×	×	×
5 Hamburg	×	—	×	—
6 Hessen	×	—	—	×
7 Niedersachsen	—	×	×	—
8 Nordrhein-Westfalen	×	×	×	×
9 Rheinland-Pfalz	×	×	×	×
10 Saarland	×	×	×	×
11 Schleswig-Holstein	—	×	×	—

*) dazu Hilfswerk Berlin

Betreuung von geistig behinderten Kindern während eines Erholungsaufenthaltes im Schullandheim Vorra / Peg.

Vorwort

Am 26. 8. 74 trafen 26 geistig behinderte Kinder mit einem Omnibus ein. Die Kinder im Alter von 7—14 Jahren stammten aus München und Umgebung. Die Behinderten kamen aus verschiedenen sozialen Schichten. Unterschiedlich war ebenfalls der Grad der Behinderung. Unter den Behinderten waren mongoloide, eretische, kontaktgestörte, nicht ansprechbare, sprachgestörte, motorisch gestörte und epileptische Kinder. Ein Teil besucht die Sonderschule für geistig Behinderte. Die Behinderungen traten z. T. vereinzelt, meist aber mehrfach auf. Der Großteil der Kinder zeigte sich relativ selbständig, bei einigen war verstärkte Betreuung und Pflege notwendig.

Anliegen des Aufenthaltes war u. a. zu erkunden, inwieweit eine Betreuung geistig behinderter Kinder und damit eine Entlastung der Familien in deutlicher räumlicher Entfernung zur häuslichen Umgebung möglich war. Darüber hinaus war fraglich, ob sich ein Schullandheim für solche Erholungsmaßnahmen eignete und ob sich ein Betreuerteam, das beruflich nicht direkt mit geistig Behinderten befaßt ist, (siehe II.2. Betreuerteam) und das sich darüber hinaus erst kennenlernen mußte in der Lage ist, den Aufenthalt den Kindern zu einem bleibenden Erlebnis werden zu lassen.

I. Das Schullandheim Vorra und seine Umgebung

Es standen folgende Räumlichkeiten zur Verfügung:

1. 3 Zimmer mit 8 Betten
2. 1 Zimmer mit 5 Betten
3. 1 Zimmer mit 4 Betten
4. 2 Zimmer mit 3 Betten
5. 1 Zimmer mit 3 Betten
6. 1 Betreuerzimmer
   1 Vorplatz mit großem Tisch
   1 Aufenthaltsraum im Nebenhaus
   Waschraum und Toiletten
   Speisesaal im Nebenhaus

Die Räume wurden wie folgt belegt:

in 1. je 2 Dreiergruppen mit je 2 Betreuern
in 2. 1 Zweiergruppe mit 1 Betreuerin
in 3. 1 Zweiergruppe mit 1 Betreuerin
in 4. je eine Zweiergruppe mit je 1 Betreuer
in 5. Ausweichraum bzw. Krankenzimmer
in 6. Im Betreuerzimmer lagerte das gesamte Material. Es diente ferner zu Teambesprechungen und Zusammenkünften.

Zwischen den beiden Häusern liegt ein gepflasterter Platz, eine überdachte Tischtennishalle und ein Schotterplatz, auf dem Sand zum Spielen angefahren wurde.

Im Nebenhaus hielt sich zur gleichen Zeit eine Gruppe von 8—11jährigen Schülern aus Nürnberg zur Erholung auf.

Vorra ist ein anerkannter Luftkurort mit ca. 850 Einwohnern. Der Ort liegt in der „Hersbrucker Schweiz" (ca. 10 km von Hersbruck entfernt) in landschaftlich reizvollem Gebiet. Die waldreiche Umgebung bietet vielfache Wandermöglichkeiten.

II. Voraussetzungen des Aufenthaltes

1. Vorbereitungen — Vorgedanken

a) Seminar im Schullandheim Vorra

Vom 16. — 18. 4. 74 trafen sich sämtliche Betreuer (immer einschl. Leiter) mit den Organisatoren des DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) in Vorra. Zu dem Seminar waren jeweils für einen Tag auch bestimmte Referenten erschienen: Ein Facharzt der Kinderpoliklinik Erlangen, zu dem während des Aufenthaltes im Notfall Kontakt hergestellt werden konnte, 2 Mütter von geistig behinderten Kindern und eine Rhythmik-Referentin. Zur weiteren Vorbereitung wurde vom DPWV Literatur zur Verfügung gestellt.

Das Programm:

1. Referate mit anschließender Diskussion
   a) Einführung in die Arbeit mit geistig Behinderten
   b) Ursachen für geistige Behinderungen
   c) Erlebnisse mit geistig Behinderten
   d) Rhythmisch-therapeutische Möglichkeiten mit geistig Behinderten
2. Programmgestaltung für den Aufenthalt
3. Zielsetzungen der Betreuergruppe und des einzelnen
4. Einigung auf einen Termin, um sich vor dem Aufenthalt mit den Eltern der Kinder zu treffen
5. Ausarbeitung eines Fragebogens an die Eltern

Grundsätzlich diente die Zusammenkunft auch zum gegenseitigen Kennenlernen der Betreuer.

Ergebnisse:

Die Kinder sollen nicht nur eine ausgefüllte Freizeit verbringen, sondern sie sollen nach Möglichkeit in gelernten Fertigkeiten davon profitieren. Dazu eignet sich eine derartige Freizeit, weil die Betreuer wenig über die Fertigkeiten des Einzelnen wissen und evtl. so den Kindern Aufgaben stellen, die zu Hause unter dem Vorwand „das kann es doch nicht" gar nicht an das Kind herangetragen worden

wären. Außerdem war zu erwarten, daß wie bei jedem solchen Aufenthalt, die Anwesenheit Gleichaltriger als Ansporn dienen wird.

b) Treffen mit den Eltern

Wir hielten es für sinnvoll, uns vor dem Aufenthalt anhand des ausgefüllten Fragebogens mit den Eltern zu unterhalten. Am 13. 7. 74 konnte ein derartiges Gespräch in München ermöglicht werden.
Programm für das Gespräch mit den Eltern:

1. Begrüßung
2. Vorstellen der Betreuer
3. Kurzbericht über das Seminar in Vorra — über Vorbereitungen, Gedanken und Zielsetzungen
4. Lichtbildervortrag über Heim und Umgebung
5. Allgemeine Fragen der Eltern an die Verantwortlichen vom DPWV, an Leiter und Betreuer
6. Einzelgespräche der Betreuer mit den Eltern der zugeteilten Kinder an Hand des Fragebogens

Die Eltern waren gebeten worden zu dem Treffen die Kinder mitzubringen, so daß ein erstes Kennenlernen möglich war.

Ergebnisse:

a) Die Betreuer werden mit den Kindern zusammen in einem Raum schlafen

b) Die Kinder schlafen auf Wunsch der Eltern nicht nach Geschlechtern getrennt.

Gerade geistig behinderte Kinder brauchen klare Bezugspunkte. Deshalb blieb die kleine Gruppe, die tagsüber zusammen war, auch im Zimmer zusammen.

c) Es werden 26 Kinder und 10 Betreuer mitfahren, d. h. jeder Betreuer hat 2 oder 3 Kinder zu beaufsichtigen und hat auch bereits mit deren Eltern gesprochen.

d) Die spezielle Zusammenarbeit zweier Betreuer sollte für die Dauer des Aufenthaltes ermöglicht werden. Es wurde daher versucht, zwei Betreuern, die zusammenarbeiten wollten, auch Kinder zuzuteilen, die sich schon vorher kannten.

e) Auf gleiches Alter oder gleichen Grad der Behinderung wird bei der Zuteilung nicht geachtet.

f) Nur die drei Betreuer mit nur zwei Kindern in der Gruppe werden ein besonders schwieriges und ein weniger problematisches Kind in ihrer Obhut haben.

g) Wünsche der einzelnen Betreuer hinsichtlich bestimmter Altersgruppen wurden nicht geäußert.

II.2. Betreuerteam

Das Betreuerteam setzte sich wie folgt zusammen:
Gertrud Wolf und Rolf Petereins leisteten ein Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung vom Volksschullehrer zum Sonderschullehrer ab. Helga Dorner, Christl Nistl und Monika Stalleicher leisteten ein Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung an der Fachakademie für Sozialpädagogik in München ab.

Meike Janßen hatte vor kurzem ihre Prüfung an einer ähnlichen Institution in Nürnberg abgelegt.

Cilly Witt, Bernd Friedrich und Michael Kleiß sind derzeit noch an der Oberstufe von Gymnasien in Kronach, Coburg und Nürnberg. Sie brachten bereits Erfahrungen von Ferienerholungen z. T. mit Behinderten mit. Gerd Lindemann ist als Volksschullehrer in Nürnberg tätig, arbeitet außerdem ehrenamtlich beim Schullandheimwerk Mittelfranken mit. Er war verantwortlicher Leiter des Aufenthaltes. Das Alter der Betreuer lag zwischen 17 und 28 Jahren.

Zusammenarbeit:

Jeder Betreuer hatte 2—3 Kinder selbständig und in eigener Verantwortung zu betreuen. Bei der Belastung durch schwierigere Kinder wurde ein Ausgleich versucht. Die Gruppen waren nicht starr festgelegt, Möglichkeiten der Durchlässigkeit für individuelle Betreuung (z. B. nach Neigungen und Fähigkeiten der Betreuer und Kinder) waren gegeben.

Die Betreuer sprachen am Abend über ihre Eindrücke und Erfahrungen des vergangenen Tages. Wichtige Punkte des Tagesprogrammes wurden geplant und vorbereitet. Trotz verschiedener Charaktere der Betreuer stellte das Team auch im persönlichen Bereich eine geschlossene Gruppe dar, die sich auf Grund der gezeigten Toleranz über ihre Probleme aussprechen konnte.

II.3. Leitung des Hauses; ärztliche Betreuung

Das Haus wird von einem Verwalterehepaar geführt. Der Verwalter ist für die Instandhaltung der Häuser und die gesamten Außenanlagen in der Hauptsache verantwortlich. Seine Ehefrau ist für Küche und Reinigung der Häuser zuständig. Zum Zeitpunkt des Aufenthaltes standen eine Praktikantin, ein älteres Ehepaar und zwei Frauen als Hilfskräfte zur Verfügung. Das gesamte Personal brachte den Kindern größtes Verständnis entgegen.

Die Zusammenarbeit mit den Betreuern war sehr günstig. Spezielle Wünsche konnten berücksichtigt werden. Im Vergleich zu einer Belegung mit Schulklassen waren keine besonderen Umstellungen erfor-

derlich. Von Seiten der Küche wurde für abwechslungsreiche und vitaminhaltige Kost gesorgt. Duschen standen jederzeit zur Verfügung.

Für ärztliche Betreuung war in vielfältiger Weise gesorgt:

Am Ort ist ein Arzt für Allgemeinmedizin tätig, der die Vor- und Nachuntersuchung durchführte. In der nahen Kreisstadt Hersbruck stand ein Facharzt für Kinderheilkunde zur Verfügung. Wie bereits erwähnt, war ein Facharzt der Poli-Kinderklinik Erlangen für Notfälle erreichbar.

Für alle Kinder waren Angaben über behandelnde Ärzte und Kliniken am Heimatort vorhanden. Die jeweilig verordneten Medikamente wurden nach Anweisungen der Eltern von den Betreuern verabreicht.

III. Verlauf des Aufenthaltes

Der feste Tagesplan war mit der Leitung des Hauses wie folgt abgesprochen worden:

7.00 — 8.00 Uhr	Aufstehen und Waschen
8.15 Uhr	Frühstück
12.00 Uhr	Mittagessen
12.45 — 14.00 Uhr	Mittagsruhe
18.00 Uhr	Abendessen
ab 19.00 Uhr	Bettruhe

Der Tagesplan war für die einzelnen Gruppen nicht starr festgelegt. Den Angeboten einzelner Betreuer konnten sich auch Kinder anderer Gruppen anschließen. Oft schlossen sich auch mehrere Betreuer zu gemeinsamen Aktionen zusammen.

Im Rahmen des Programmes kam es zu folgenden Erfahrungen:

1. Wanderungen und Spaziergänge mit bestimmtem Ziel

Auf derartige Unternehmungen sprachen die Kinder in der Regel recht gut an. Ziele solcher Wanderungen bzw. Spaziergänge waren z. B. Bauernhöfe, Spielplatz, Postamt, Felsen, Steinbruch und Naturbesonderheiten (Windloch, Schlangenfichte). Besonders eindrucksvoll war beispielsweise, als sich zwei Gruppen auf einen nahegelegenen Felsen, zwei weitere Gruppen auf den örtlichen Spielplatz und der Rest auf den Turm des Schlosses begaben. Von den einzelnen Standpunkten winkten sich die Kinder mit großen bunten Tüchern zu.

Ein anderer Höhepunkt war ein Tagesausflug mit der Bahn nach Neuhaus/Peg. Der Großteil der Kinder wanderte von dort aus zur Maximiliansgrotte, einer Tropfsteinhöhle, die auch besichtigt wurde. Kin-

der, die weniger gut zu Fuß waren, bzw. einen Herzfehler hatten, besuchten die Burg Veldenstein, die auch eine Tierschau besitzt. Die Brotzeiten, die im Freien eingenommen wurden, waren für die Kinder immer ein großes Ereignis.

2. Betätigungen im Heimgelände

Dank des guten Wetters konnten viele Beschäftigungen (Malen, Spielen etc.) ins Freie verlegt werden. Dazu war der große Park hervorragend geeignet. Im Hof des Hauses standen 3 cbm Sand zum Spielen zur Verfügung. Ferner konnte ein Planschbecken aufgestellt werden. Ein vorhandenes Kett-Car wurde häufig benutzt. Auf dem Weiher des Parks konnte man bootfahren.

3. Musische Beschäftigungen im Freien und im Raum

Den Betreuern stand vielseitiges Bastelmaterial zur Verfügung. Es wurde von verschiedenen Gruppen unter Anleitung einzelner Betreuer zu unterschiedlichen Zeiten genutzt. Zu musikalischem Tun diente ein Orff-Instrumentarium, das von der Volksschule Nürnberg Ambergerstraße ausgeliehen war. Einzelne Betreuer trugen mit eigenen Instrumenten (Gitarren, Flöten, Klarinette) zur Gestaltung bei. Basteln und Werken wurde individuell vorgenommen. Kinder mit besonderer Begabung wurden häufig zu Spezialgruppen zusammengefaßt und gefördert.

4. Sportliche Betätigungen

Im Vordergrund standen Ballspiele. Einfache Bewegungsabläufe wurden häufig im Park durchgeführt. Gruppenspiele wurden in Kleingruppen gespielt. Auf Wettspiele wurde verständlicherweise verzichtet.

5. In der letzten Woche wurden täglich um 17.00 Uhr Kinderfilme vorgeführt.

6. Feste und Feiern

Während des Aufenthalts wurden einmal anstelle des Abendessens im Park Würstchen gegrillt. Am letzten Sonntag vor der Abreise fand im Park ein Kinderfest statt. Dazu wurden von den Betreuern verschiedene kleine Spiele und Spielstände (Ballwerfen, Büchsenwerfen, Kasperletheater) vorbereitet. Ein von Bäumen umgebender Platz wurde mit teilweise von den Kindern hergestellten Girlanden geschmückt. Für die Kinder gab es Limonade und Kuchen, ferner Süßigkeiten für die Teilnahme an verschiedenen Spielen. Eine Bootsfahrt mit „Bordkapelle" fand besonderen Anklang.

7. Sonstiges

Besondere Schwierigkeiten stellten sich ein, als in verschiedenen Zeitabständen insgesamt 16 Kinder an einer Virusinfektion (Angina) erkrankten, von der auch die Betreuer nicht verschont blieben. Teilweise standen daher nur 6 Betreuer zur Verfügung. Durch Zusammenlegung von Gruppen konnten diese Schwierigkeiten gemeistert werden. Den Betreuern stand pro Woche ein freier Tag zur Verfügung. Davon wurde aber nicht voll und ganz Gebrauch gemacht. Einzelne Kinder wurden im PKW des Leiters zum Kinderarzt nach Hersbruck gefahren.

IV. Kontakte der Behindertengruppe nach außen

a) Schülergruppe aus Nürnberg
Zur gleichen Zeit befand sich eine Gruppe von Schülern zur Erholung im Nebenhaus. Dieser Erholungsaufenthalt wurde vom Jugendamt der Stadt Nürnberg durchgeführt. Die Kinder waren von ihren Betreuern über die gleichzeitige Anwesenheit geistig Behinderter informiert. Nach anfänglichem gegenseitigem „Beschnüffeln" gelang es, beide Gruppen zu Spielen usw. zu vereinigen. Die Tagesfahrt wurde ebenfalls gemeinsam unternommen. Die nicht behinderten Kinder zeigten keine Befangenheit gegenüber den Behinderten.

Es kam z. T. zu kleinen Freundschaften. Ein Erholungsaufenthalt Behinderter zusammen mit Nicht-Behinderten ist nach unseren Erfahrungen mit positivem Ergebnis für beide Teile durchführbar.

b) Mit der Bevölkerung des Ortes kamen einige Kontakte zustande. Oft wandten sich einzelne Passanten an einen Betreuer, der gerade mit seinen Kindern durchs Dorf zog und fragten interessiert über die Arbeit mit geistig Behinderten und die Ursache der Behinderung, waren aber oft erstaunt als sie hörten, daß eine derartige Behinderung „in jeder Familie vorkommen kann". Die Besitzer von Bauernhöfen erlaubten gerne eine Besichtigung bzw. erklärten sich sofort bereit, die Führung durch Kuh- und Schweineställe zu übernehmen.

V. Zusammenfassung

Der Aufenthalt verlief erfolgreich:

a) Der Aufenthalt war für die Kinder nach Angaben der Eltern zum nachhaltigen Erlebnis geworden. Über Wochen hinweg berichteten die Kinder bruchstückhaft über den Aufenthalt und ließen deutlich erkennen, daß sie die eingegangenen Bindungen zu anderen Gruppenmitgliedern, vor allem aber zu den Betreuern und zu den örtlichen Gegebenheiten, anläßlich eines späteren Aufenthaltes wieder auffrischen wollen.

b) **Schullandheime eignen sich offensichtlich für derartige Aufenthalte, weil sie auf der einen Seite die Entwicklung der Gruppe störungsfrei verlaufen lassen, auf der anderen Seite geplante Begegnungen mit anderen Gruppen, oder Einzelpersonen ermöglichen. Das Schullandheim Vorra eignet sich speziell wegen des abgeschlossenen Parks und der ausgedehnten Rasenflächen.**

c) Das Experiment mit der nicht strukturierten und wenig ausgebildeten Betreuergruppe verlief äußerst erfolgreich. Dazu trug bei, daß es sich ausnahmslos um engagierte Menschen handelte, denen von vornherein auch die Dynamik der eigenen Gruppe von Interesse war. So konnten die Betreuer auch im persönlichen Bereich zu einer Gruppe werden.

Die Absicht, die Bedürfnisse der Kinder und die Präferenzen des Mitarbeiters auszuloten, bewährte sich vor allem in den Krisensituationen von Erkrankungen einzelner Kinder und Mitarbeiter. Obwohl das Ganze eine große Anstrengung bedeutete, entschloß sich die Betreuergruppe, nach Möglichkeit eine solche Aufgabe wieder zu übernehmen.

d) Anläßlich eines nachträglichen Treffens von Eltern, Kindern, Organisatoren und Betreuern erzählten die Eltern über das Verhalten der Kinder nach dem Erholungsaufenthalt. So konnte man feststellen, daß die Kinder wirklich einiges dazugelernt hatten.

e) Nicht zuletzt ist der Erfolg des Aufenthaltes auch zurückzuführen auf die gute Vorbereitung und die aufgeschlossene Heimleitung. Besonderer Dank gilt darüber hinaus dem Hersbrucker Tagblatt und der Nürnberger Zeitung, die durch ihre Bildberichte in der Öffentlichkeit für die notwendige Information sorgten. Sehr zu Dank verpflichtet sind wir auch den Firmen Schuco, Sportgeräte Berg Nürnberg, BIG-Plastikspielwaren und dem Pestalozzi-Verlag Erlangen, die uns durch Sachspenden in unserer Arbeit unterstützten.

Michael Kleiß und Gerd Lindemann

französische Sortiment- und Versandbuchhandlung
LIBRAIRIE FRANÇAISE
8 München 40, Schellingstr. 3, Tel. 2809078

Das Unterrichtsbeispiel
Ausschnitt aus der Projektarbeit Fernseherziehung im Schullandheim Obersteinbach (Mittelfranken)

1.1. Thema: Wir erstellen eine Tagesschau aus dem Schullandheim (Nachrichtensendungen im Fernsehen)

2. Didaktische Analyse

2.1. Begründung des Themas und der Stoffauswahl

Im Schullandheim können zunehmend Unterrichtsvorhaben durchgeführt werden, die durch Zeit- und Lehrplandruck in der heimatlichen Schule nicht durchführbar sind. Oft sind die Schulen auch mit nur geringen Arbeitsmitteln ausgestattet, zumal die wenigen Arbeitsmittel für eine Vielzahl von Klassen verwendet werden müssen.

Der Bereich Medienkunde ist in unserer Zeit ein zweifellos wichtiger Bereich mit stark erziehlicher Zielsetzung. Gerade das Fernsehen greift in das Leben der Menschen unserer Zeit in ungeheurem Maße ein. Es gibt keine „Gebrauchsanweisung" (nicht im Sinne von Bedienungsanleitung) für das Medium Fernsehen. Der Mensch muß lernen, das Medium zu bewältigen, um es zu beherrschen und nicht von ihm beherrscht zu werden.

Aus einer Feststellung des Vorwissens der Schüler über Fernsehen, insbesondere einer Untersuchung der Fernsehgewohnheiten, ergab sich, daß Fernsehen für die Schüler in erster Linie Bedeutung im Hinblick auf Unterhaltung hat. Die Programmkategorie Information, im speziellen Fernsehnachrichten, berührt den Hauptschüler nur in geringem Maße.

2.2. Ausgangssituation der Gruppe

Die Testgruppe setzte sich aus 24 Schülerinnen und 37 Schülern (2 Klassen) der 9. Jahrgangsstufe mit einem Durchschnittsalter von 14,6 Jahren zusammen. Die Schüler stammten aus Orten unter 100 Einwohnern (17), 100—500 Einwohnern (15), 500—1 000 Einwohnern (11) und über 1 000 (— 2 000) Einwohnern (18).

23 Schüler kamen aus Arbeiterfamilien, 22 Schüler aus bäuerlichen Betrieben, 5 Schüler aus einer Angestelltenfamilie, 7 Väter sind freiberuflich tätig. 23 Mütter sind berufstätig, ein Teil der im Haushalt beschäftigten Mütter helfen in der Landwirtschaft mit. Fernsehapparate sind in allen Familien vorhanden (54 schwarz-weiß, 13 Farbe, 5 mal beides).

2.3. Lernziele

a) Kenntnisse

1. Die Schüler sollen die Tagesschau-Sendung, die sie fast täglich sehen, besser verstehen lernen.

2. Sie sollen über Inhalt und Entstehung Einblicke gewinnen (Anzahl der verschiedenen Bereiche von Nachrichten, Form der Sendung, Mitarbeiter; Selektion).

b) Erkenntnisse

1. Die Tagesschau zeigt Ausschnitte des Weltgeschehens in geraffter Darbietung. Vom Zuschauer wird verlangt, sich konzentriert auf die Meldungen einzustellen. Dabei ist zu entscheiden, welche Informationen speziell für den jungen Menschen wichtig sind.

2. Durch die Vorauswahl durch die Redaktion ist die Gefahr der Manipulation erwiesen.

3. Nachrichten haben verschiedene Wertigkeit (verstärkende Wirkung durch Einsatz von Ton und Bild, Film).

c) Haltungen

Die Schüler sollen von der Lethargie zur kritischen Einstellung geführt werden. Zu den Fernsehinformationen sind weitere aus verschiedenen Massenkommunikationsmitteln heranzuziehen.

d) Nebenziele

— Umgang mit Fragebogen
— Teamarbeit
— eigenschöpferische Tätigkeit (Gestaltung einer eigenen Tagesschau)
— Gesprächserziehung — Diskussionstechnik
— Planung von Unterrichtsvorhaben

4. Arbeits- und Hilfsmittel

a) Farbfernsehgerät, b) tragbare Video-Kameraanlage (AKAI), c) 2 1 000 Watt-Halogenleuchten, d) Tageszeitungen, e) Unterrichtsfilm F 734 „Nachrichten im Fernsehen: Tagesschau", f) 16 mm-Projektor, g) Tonbandgerät, h) Fragebogen (in der Schule vorbereitet), i) Tageslichtprojektor.

Die Arbeitsmittel a), b), c) und i) waren im Schullandheim vorhanden. Alle anderen Medien wurden von den Lehrern mitgebracht.

4. und 5. Planung und Durchführung

Skizzierung der Arbeitsschritte

1. Feststellung des Vorwissens der Schüler über die Tagesschau.

   Frage 1: Woher bekommt das Fernsehen seine Informationen?

   Frage 2: Wie wird aus der großen Menge von Nachrichten eine Tagesschau zusammengestellt?

   Frage 3: Welche Leute arbeiten an einer solchen Tagesschau-Sendung mit? (Berufe und Tätigkeiten)

   Frage 4: Aus welchen Bereichen berichtet die Tagesschau?

   Frage 5: Wieviele verschiedene Tagesschaumeldungen kommen in 15 Minuten?

2. Filmeinsatz: FT 734

   Der Film zeigt die Arbeit der Tagesschau-Zentralredaktion. Er bezieht sich im wesentlichen auf das Zustandekommen der Sendung vom 27. 2. 64 um 20 Uhr und verdeutlicht die Organisation, Funktion, Verantwortung und Bedeutung des Nachrichtendienstes mit Hilfe des Fernsehens im allgemeinen und der Tagesschau im besonderen.

3. Auswertung des Films in Gespräch und Diskussion.

4. Versuch, eine eigene Tagesschausendung zu gestalten.

   a) Besprechung der technischen Voraussetzungen

   b) Gruppenbildung

   c) Zusammenkunft des Redaktionsstabes: Besprechung über Inhalte, notwendiges Material, Gestaltungsmöglichkeiten

   d) Bildung von Redaktionsgruppen (2—3 Schüler): Sichtung des vorhandenen Materials mit dem Ziel der Grobauswahl (Material: Tageszeitungen vom Montag, den 11. 11. 74)

   Zeit: 1½ Stunden

   1. politische Ereignisse
   2. lokale Nachrichten
   3. Sport
   4. Ereignisse im Schullandheim

   Die Schüler bereiteten die Sprechtexte vor, wählten Bildmaterial aus, ein Zeitverteilungsplan wurde erstellt.

Die Nachrichten wurden so umgeschrieben, daß sie dem Wortschatz und dem allgemeinen Wissensstand der Schüler adäquat waren. Die ausgewählten Sprecher übten sich mit Hilfe und Kontrolle des Tonbandgerätes. Die Schüler im Studio identifizierten sich zunehmend mit der ihnen zugesprochenen Rolle.

Probleme wie Hintergrund, Bild und Bildwiedergabe und Durchführbarkeit der Filmberichte über Ereignisse aus dem Schullandheim beschäftigten die Schüler sehr stark. Auf dem Tageslichtprojektor wurden Grafiken vorbereitet; Beleuchtungs- und Aufnahmeproben fanden unter Zeitdruck statt (die Tagesschau mußte ja um 20 Uhr „gesendet" werden).

15 Minuten Tagesschau wurden mit der AKAI-Videokamera aufgezeichnet.

5. Analyse einer Tagesschausendung

Die Schüler waren durch die Arbeiten motiviert, tatsächliche Tagesschausendungen zu untersuchen. Es wurde notwendig Gruppen zu bilden, denen 9 verschiedene Arbeitsaufträge gegeben wurden.

Auftrag 1	Stoppe die Beitragslänge jeder einzelnen Meldung usw.
Auftrag 2a—2d	Zähle die Berichte! Nachrichtensprecher — Filmberichte mit Kommentar
Auftrag 3a—3d	Weltnachrichten — Ort? Ereignis? (in Stichworten)
Auftrag 4a—4d	Deutschlandnachrichten — Ort, Ereignis (Stichworte)
Auftrag 5a—5d	Beitrag in: Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport und Sonstiges
Auftrag 6a—6d	Es werden Personen erwähnt: Name, Stellung, Land
Auftrag 7a—7d	Fremdwörter und unbekannte Begriffe
Auftrag 8a—8d	Betrachte den Hintergrund (Grafik, Skizze, Foto, Bild, Karte)
Auftrag 9a—9d	Welche Szenen entstanden im Studio — welche außerhalb des Studios (Film usw.)

6. Übertragbarkeit

Medienkundliche Themen sind sicher in allen Schullandheimen durchführbar. Von Vorteil war in unserem Fall im Schullandheim Obersteinbach die durch die Förderung des Modellversuchsprogramms angeschaffte Ausstattung mit Geräten, besonders die Video-Kameraanlage. Sicher verfügt aber jedes Schullandheim über ein oder mehrere Fernsehapparate, so daß in jedem Fall auch Analysen von Fernsehsendungen, über Nachrichten hinaus, Probleme der Programmauswahl etc. möglich sind.

Praktische Ausführung des Vorhabens:

Günter Ermann, Rektor, Winfried Swatosch, Lehrer

Darstellung des Projektes und Abschlußbericht:

Gerd Lindemann, Lehrer, Nürnberg, Petersauracher Straße 36

Wilfried Buddensiek

Modellversuch im Schullandheim — 3. Teil

Thema 5: Die Situation der Arbeitnehmer vor 120 Jahren — Anfänge der Gewerkschaftsbewegung —
Lernziele:
Die Schüler — informieren sich anhand einer Tonbandaufnahme über die historische Situation der Arbeitnehmer; — erkennen, wie sich die Situation der Arbeitnehmer gewandelt hat; — stellen fest, welche grundsätzlichen Verhältnisse sich wenig gewandelt haben.
Unterrichtsmittel
a) Tonband: Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung Tb 105 FWU 30 Minuten Das Tonband stellt die Entwicklung von 1848 bis zu den ersten Sozialgesetzen sehr anschaulich dar. Die Schüler werden u. a. über die wesentlichen historischen Arbeitsbedingungen informiert. (Kinderarbeit, 16-Stunden-Arbeitstag, Hungerlöhne, Arbeit der Kranken und der Invaliden, Naturalentschädigung, hohe Arbeitslosigkeit, Versammlungsverbote, Koalitionsverbote usw.) b) Arbeitsbogen: Die Situation der Arbeitnehmer

Unterrichtsverlauf
1. Die Schüler werden über den Inhalt der Tonbandaufnahme und die Zielsetzung des Unterrichts informiert. Sie bekommen den Auftrag, in Einzelarbeit die wichtigsten Inhalte der Tonbandaufnahme sowie unklare Begriffe zu notieren, während das Tonband läuft. (Bei weniger aufnahmefähigen Schülern kann das Tonband nach ca. 15 Minuten gestoppt werden.)
2. Nachdem die unklaren Begriffe erläutert sind, lösen die Schüler die Aufgaben des Arbeitsbogens anhand ihrer Notizen in Gruppenarbeit. Dabei diskutieren sie noch einmal die Inhalte des Tonbandes und der vorangegangenen Unterrichtsstunden. Die Fragen im folgenden Arbeitsbogen waren vorgegeben, die Antworten stammen aus einer Schülergruppe:

ARBEITSBOGEN

Die Situation der Arbeitnehmer

Bitte beantworte die folgenden Fragen stichwortartig:

1. Was hat sich bis heute an der Situation der Arbeitnehmer gebessert?

Kinderarbeit verboten, Vereinigungsfreiheit, Flugblätter erlaubt, Genossenschaften, 8-Stunden-Tag, Sonntags frei, mehr Lohn für Überstunden, bei Krankheit Lohnfortzahlung, Kündigungsfrist, ab 65 Jahren Rente, Invalidenrente, Wahlrecht, Betriebsrat, keine Naturalentschädigung, Streikrecht, Urlaub, Versicherungen.

2. Welche Verhältnisse haben sich wenig zugunsten der Arbeitnehmer verbessert?

Abhängig vom Arbeitgeber, schlechte Information über Rechte, Arbeitgeber profitieren, Arbeitnehmer haben keine Produktionsmittel, Arbeitsbedingungen werden vom Arbeitgeber festgelegt.

3. Welche wesentlichen Unterschiede zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt es heute noch?

Ag hat Produktionsmittel	—	An keine
Ag erzielt Gewinn	—	An erhält Lohn
Ag hat Macht	—	An abhängig
Ag stellt Bedingungen	—	An muß sie annehmen

4. Wer hat — wodurch — zur Verbesserung der Arbeitnehmersituation beigetragen?

Staat durch Gesetzgebung, Arbeitgeber durch hohe Löhne, Arbeitnehmer durch Zusammenschlüsse und Arbeitskämpfe.

3. Die einzelnen Gruppen tragen ihre Ergebnisse vor. Ein Schüler schreibt die genannten Stichworte auf den Tageslichtschreiber. Die dargestellten Schülerantworten müssen vor allem bei Frage 1 vom Lehrer ergänzt werden.

1. Was hat sich gebessert ?

Soziale Lage

— höhere Einkommen
— Entlohnung in Geld
— Krankenversicherung
— Arbeitslosenversicherung
— Invalidenversicherung
— Rentenversicherung
— Lebensversicherung

Rechte

— Wahlrecht
— Versammlungsfreiheit
— Koalitionsfreiheit (Gewerkschaften)

Arbeitsrecht

— Kündigungsschutzgesetz
— Bundesurlaubsgesetz
— Arbeitszeitverordnung
— Mutterschutzgesetz
— Jugendarbeitsschutzgesetz
— Betriebsverfassungsgesetz
— Berufsbildungsgesetz

4. Abschließend diskutiert die Klasse, warum die Aussage: „Wacht auf, wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten" heute nicht mehr zutrifft.

Es wird noch einmal herausgestellt, daß die Macht der Arbeitgeber heute durch die Gegenmacht der organisierten Arbeitnehmer begrenzt ist.

Thema 6: Einkommens- und Vermögensverteilung

Lernziele:

Die Schüler erkennen

— daß es grundsätzliche Interessengegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt;
— daß der Lohn der Arbeitnehmer meistens niedriger als der Gewinn des Arbeitgebers ist; (Im Spiel wie in der Realität)
— daß der Lohn für den Arbeitgeber Kosten, für den Arbeitnehmer Einkommen bedeutet;
— daß jeder Arbeitgeber bestrebt ist, seine Kosten möglichst zu senken und seine Gewinne zu erhöhen;
— den Unterschied und den Zusammenhang von Einkommen und Vermögen.
— Die Schüler, die die Rolle von Arbeitnehmern übernommen haben, zeigen Möglichkeiten auf, wie die Vermögensverteilung im Spiel verändert werden kann.
— Die Schüler, die die Rolle der Arbeitgeber übernommen haben, begründen, weshalb die bestehende Vermögensverteilung ihrer Meinung nach sinnvoll ist.

Unterrichtsmittel

a) Arbeitsbogen: Vermögensverteilung
b) Lektüre: Creutz, H.: Gehen oder Kaputtgehen — Betriebstagebuch, Fischer Taschenbuch, 1367, S. 118—123
In diesem Abschnitt berechnet Creutz die Gewinne, die sein Arbeitgeber jährlich erzielt. Außerdem stellt er Berechnungen zu dem Vermögen von Horten an.
c) Textauszüge: Einkommensverteilung
d) Textauszüge: Interessengegensatz bei Lohn und Leistung.

Unterrichtsverlauf

1. Die Schüler sind in fünf Gruppen aufgeteilt (drei Arbeitnehmer-, eine Arbeitgeber-, eine Bankhalter-Gruppe). Die Trennung nach Rollen ist für diese Unterrichtsstunde wichtig, weil rollenspezifische Argumente gesammelt werden sollen. In jeder Gruppe wird ein Schriftführer bestimmt. Der Arbeitsbogen „Vermögensverteilung" wird ausgegeben.

PLANSPIEL LOHN UND GEWINN

Vermögensverteilung

Bei der Gruppe ..... ergibt sich nach unserem letzten Spielabschnitt folgende Vermögensverteilung:

Vermögen aller ..... Arbeitnehmer . . . . DM
durchschnittliches Arbeitnehmer-Vermögen . ..... DM
Vermögen des Arbeitgebers . . . . DM

Ähnliche Ergebnisse haben auch andere Gruppen erzielt.

1. Wievielmal höher ist das Arbeitgeber-Vermögen gegenüber dem durchschnittlichen Vermögen eines Arbeitnehmers?

2. Diskutiert das Ergebnis in Eurer Gruppe. Versucht, über folgende Fragen zu sprechen:

— Ist die Vermögensverteilung gerecht?
— Sollte die Vermögensverteilung geändert werden?
— Welche Möglichkeiten gibt es, um die Vermögensverteilung zu verändern?
— *Wer* kann diese Möglichkeiten durchsetzen?
— *Wie* kann eine veränderte Vermögensverteilung durchgesetzt werden?

Schreibt die Meinung Eurer Gruppe auf!

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

2. Die Schüler errechnen das durchschnittliche Arbeitnehmervermögen und das Verhältnis von Arbeitnehmervermögen und Arbeitgebervermögen (Aufgabe 1).

3. Das Ergebnis wird in der Gruppe diskutiert. Dabei werden die Fragen zu Nr. 2 beantwortet. Die Arbeitgeber-Gruppe erhält vom Lehrer den Hinweis, daß die Arbeitnehmer-Gruppen Strategien erarbeiten, um eine für sie günstigere Vermögensverteilung zu erreichen.

4. Die Schüler tragen der Klasse der erarbeiteten Ergebnisse vor und diskutieren sie.

Die Arbeitnehmer stellen fest, daß die Vermögensverteilung ungerecht ist und daß der Arbeitgeber im Spiel immer gewinnt. Sie sind der Meinung, daß die Löhne erhöht werden müssen und fordern Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung.

Die Arbeitgeber bringen als Gegenargumente, daß sie eine große Verantwortung zu tragen haben, für sichere Arbeitsplätze sorgen müssen und daß ihre Kosten sehr hoch sind. Sie weisen darauf hin, daß bei der Erhöhung der Löhne weniger investiert und damit langfristig weniger produziert werden kann.

Einige Arbeitnehmer erkennen, daß durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entschärft bzw. aufgehoben werden kann.

5. Die Lektüre wird — wie unter Thema 4, Nr. 1 beschrieben — gelesen.

Die Begriffe „Einkommen" und „Vermögen" werden erläutert. Den Schülern wird verständlich, daß Bezieher großer Einkommen wesentlich mehr Vermögen bilden können als Bezieher kleiner Einkommen, die ihre Bezüge konsumtiv verwenden müssen. Sie erkennen außerdem, daß Vermögen wiederum Einkommen bringt.

Nach der Lektüre äußern die Schüler ihre Verwunderung darüber, daß sie bislang nirgends über Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung informiert wurden. Eine spontane Diskussion über die Rolle und Funktion der Massenmedien schließt sich an.

6. Durch die folgenden Textauszüge werden den Schülern noch einmal einige Einkommensrelationen verdeutlicht. Gleichzeitig erkennen sie, wie problematisch statistisches Material sein kann. — Der Textauszug T 2 wird mit verteilten Rollen gelesen. —

Textauszüge

T 1

Dreieinhalbmal so hoch wie bei den Arbeitnehmern war das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Unternehmer und Selbständigen 1971 in der Bundesrepublik. In Wahrheit liegt das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei einer kleinen Zahl der in der Statistik als „selbständig" ausgewiesenen Erwerbstätigen noch weitaus höher, wenn man bedenkt, daß ein großer Teil der Freiberufler, Handwerker und Gewerbetreibenden keinesfalls Reichtümer verdienen kann. Zur Verdeutlichung: 74 Prozent des Produktivvermögens befinden sich in den Händen einer kleinen Gruppe von Besitzenden, die nur 1,7 Prozent der privaten Haushalte ausmachen.

T 2

Rechne doch mal nach!

(den folgenden Hör-Strip sendete der Westdeutsche Rundfunk im Rahmen seines Magazins für junge Leute „Panoptikum" am 29. August 1969 in seinem 1. Programm)

1. Sprecher: Da fällt mir ein, was ich vor kurzem gelesen habe, Augenblick, wo hab' ich's denn — ach ja, hier: „... daß die 34 reichsten Bundesbürger 1965/66 dem Finanzamt ein doppelt so hohes Einkommen anzugeben hatten wie die 30 000 Arbeiter und Angestellten der August Thyssen-Hütte zusammen ..." [1])

2. Sprecher: Weißt du auch, wieviel das war?

1. Sprecher: Nee, das steht hier nicht bei.

2. Sprecher: Macht nichts, macht nichts. Wenn wir mal annehmen — paß gut auf! —, daß diese 34 Reichen alle dasselbe verdient haben ...

1. Sprecher: Da haben doch bestimmt ein paar mehr verdient als andere!

2. Sprecher: Ist doch egal. Also alle 34 haben gleich viel verdient. Dann hat jeder von diesen 34 soviel verdient ... soviel verdient wie ... wie ... soviel verdient wie 1 762 Thyssen-Arbeiter!

1. Sprecher: Hmmm, 30 000 durch 34 mal 2, ja stimmt, das sind 1762 — Donnerwetter, das kann ja nicht wahr sein: einer soviel wie 1 762 Arbeiter und Angestellte, Mann-o-Mann!

2. Sprecher: Demnach hat jeder von den Reichen — um dasselbe zu verdienen, was ein Arbeiter in 300 Arbeitstagen à acht Stunden verdient — nur knappe anderthalb Stunden arbeiten müssen.

1. Sprecher: Das ist doch wohl nicht drin!

2. Sprecher: Doch. Rechne nach: Immer 1 762mal mehr und schneller verdient. Also: wofür einer von den Reichen nur eine Woche — nennen wir es mal — arbeiten muß, dafür müßte ein Arbeiter oder Angestellter 34 Jahre arbeiten ...

1. Sprecher: Ich glaube, ich dreh' durch!

2. Sprecher: ... und um dasselbe zu verdienen wie einer unserer reichsten Männer, von denen Flick wohl der reichste ist, wie einer dieser Männer in einem Jahr, müßte ein Arbeiter eintausendsiebenhundertzweiundsechzig Jahre arbeiten.

[1]) Vgl. auch: Der Spiegel 31/1959, S. 38

1. Sprecher: Das ist doch nicht wahr!

2. Sprecher: Doch. Und um 1969 gleich viel Geld zu haben, hätte Flick 1968 anfangen müssen zu verdienen, der Arbeiter aber schon im Jahre 207 nach Christi Geburt, fünf Jahre vor der Constitutio Antoniniana, mit der in Rom allen freien Reichsbewohnern das römische Bürgerrecht verliehen wurde. Sie sollte für eine Gleichstellung aller Untertanen sorgen ...

1. Sprecher: So wie die Soziale Marktwirtschaft ...

2. Sprecher: Sehr komisch. Kleiner Scherz von dir. Also rechne doch mal nach: 207 nach Christi Geburt — und denke mal drüber nach.

1. Sprecher: Darüber darf man gar nicht nachdenken, sonst dreht man durch!

aus: Haug/Maessen: Was wollen die Lehrlinge? Fischer Taschenbuch Nr. 1186, Frankfurt a. M. 1971, S. 71 f

An der Tafel (bzw. auf dem Tageslichtschreiber) wird eine Übersicht erstellt:

Aus den Textauszügen ergeben sich folgende Einkommensverhältnisse:

T 1: $\frac{\text{durchschnittliches Unternehmereinkommen}}{\text{durchschnittliches Arbeitnehmereinkommen}} = \frac{3{,}5}{1}$

T 2: $\frac{\text{Einkommen von einem der 34 reichsten Untern.}}{\text{Einkommen eines Thyssen-Arbeiters}} = \frac{1762}{1}$

7. Den Textauszug „Interessengegensätze bei Lohn und Leistung" erhalten die Schüler mit den Arbeitsaufträgen:

   1. Lest den Text still für Euch.
   2. Notiert in Eurer Gruppe, welche unterschiedlichen Interessen zwischen den Produktionsfaktoren „Kapital" und „Arbeit" bestehen.
   3. Versucht, die Interessengegensätze in einem Schaubild, einer Zeichnung oder einer Tabelle anschaulich darzustellen.

Textauszug: Die Interessengegensätze bei Lohn und Leistung

Die Kapitalbesitzer sind an einem möglichst hohen Gewinn interessiert. Deshalb neigen sie dazu, die Produktionskosten zu senken. Die Arbeitnehmer sind an einem hohen Einkommen interessiert und an der Verminderung der Mühen, denen sie sich bei der Arbeit unterziehen müssen. Kapitalbesitzer und lohnabhängige Arbeitskräfte haben somit jeweils entgegengesetzte Interessen, die wir an ihrem Verhältnis zu Lohn und Leistung erkennen können. Für die Kapitalbesitzer sind Löhne Kosten, die sie senken wollen, für die Arbeitnehmer jedoch sind die Löhne Einkommen, die sie erhöhen wollen. Für die Kapitalbesitzer ist der Leistungseinsatz der Arbeitnehmer Mittel zur Produktionssteigerung. Sie versuchen, das Leistungsergebnis zu erhöhen. Für die Arbeitnehmer ist der Leistungseinsatz Arbeitsmühe. Sie versuchen, die Mühe so gering wie möglich zu halten. Diese Bedingungen liegen den vielfältigen Einzelkonflikten um Lohn und Leistung zugrunde. Aus ihnen ergeben sich gegensätzliche Interessen der Kapitalbesitzer und lohnabhängigen Arbeitskräfte. Der Interessengegensatz wird in Konflikten ausgetragen, die je nach den gesellschaftlichen und betrieblichen Verhältnissen größeren oder geringeren Umfang annehmen können. Solange die Bedingungen der Konflikte nicht aufgehoben worden sind, solange sind auch die Konflikte selbst nicht aufzuheben. Die verschiedenen Konflikte selbst sind keine einmaligen unabhängigen Vorgänge, sondern abhängige Erscheinungsformen ein und derselben Bedingung: des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit.

aus: Der Konflikt um Lohn und Leistung — Reihe Theorie und Praxis der Gewerkschaften, EVA 1969, S. 39

ANZEIGE

Gruppenfahrten

Jugoslawien (nördl. Adria)	Sommersaison	**VP ab DM 17,50**
Südtirol	Wintersaison	**VP ab DM 14,50**
Südtirol	Sommersaison	**VP ab DM 13,80**
Gardasee	Sommersaison	**VP ab DM 15,40**

Obiges Angebot gilt nur für Veranstalter von Gruppenfahrten (Erwachsenen- u. Familiengruppen, Altenerholung, Kinderfreizeit, Jugendgruppen, Schullandheim-Aufenthalte u. a. m.)
Mindestteilnehmerzahl pro Gruppe: 10 Personen

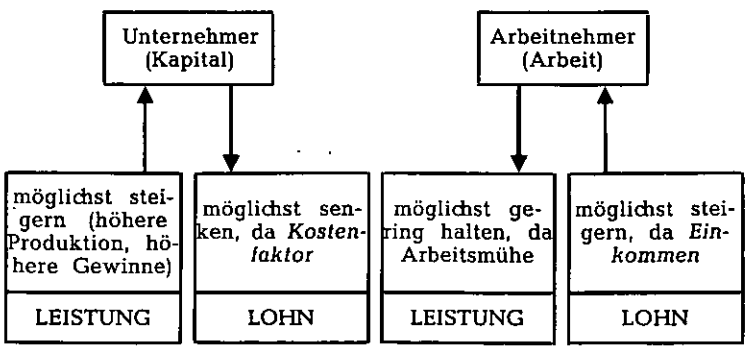
Auskunft und Anmeldung: Feriendienst SÜDTIROL-REISEN
I – 39 031 Bruneck, Europastraße 15, Telefon 0 03 94 74 / 8 50 55, Telex 40 380

Mitglied des Verbandes für Internationale Jugendreisen - FIYTO -
Mitglied des Schullandheim-Verband Baden-Württemberg e. V.
Mitglied des Schullandheim-Verband für Oberpfalz und Niederbayern e. V.

Südtirol-Reisen

8. Die besten Schaubilder bzw. Tabellen werden ausgewählt, auf eine Folie gezeichnet und mit dem Tageslichtprojektor der Klasse vorgestellt.

Schaubild zum Thema: Konflikt um Lohn und Leistung



Auswertung der Spielphasenergebnisse

Gegen Ende der *6. Spielphase* traten Unstimmigkeiten auf, als einige Spieler der sozialistisch organisierten Sondergruppe wieder persönliche Vermögensansprüche stellten.

Eine Diskussion darüber konnte im Augenblick des Spielendes keine Alternative anbieten.

Besonders muß erwähnt werden, daß das Spiel jetzt in einen regelrechten Kampf ausartete.

Gruppe 1, 3 und 2 (2 bestand nur noch aus einem Anteilseigner bei Gruppe 3) setzten alles daran, die Sondergruppe wirtschaftlich zu überflügeln.

Die Ag unterstützen sich gegenseitig und trafen Preisabsprachen, die An verhielten sich völlig passiv, stellten keine Lohnforderungen und nutzten jede Sekunde zur Produktion.

Das Spiel wurde dadurch für die Spieler uninteressant. Das Modell lebt von den auftretenden Konfliktsituationen. Wird der Konflikt aufgehoben, verliert das Spiel seinen Reiz, durch eine solche Änderung ist die Modellgrenze erreicht.

Thema 7: Solidarität

Lernziele:

die Schüler erkennen

— daß egoistische Einzelinteressen das solidarische Verhalten behindern können;
— daß solidarisches Verhalten die Machtposition der Arbeitnehmer wesentlich stärkt;
— daß die Arbeitnehmer nur durch Solidarität eine Gegenmacht gegenüber den Unternehmern aufbauen können;
— daß in den Gewerkschaften die Gegenmacht der Arbeitnehmer organisiert und institutionalisiert ist.

Unterrichtsmittel

a) Werbeplakat für den Beitritt in die GEW
   - Unter dem Titel „Bleiben Sie nicht allein" bemüht sich ein einzelner vergeblich, ein schweres Gewicht zu stemmen.
   - Auf einer zweiten Abbildung stemmt eine Gruppe von Kollegen das Gewicht mühelos.

b) Tonband: 1. Mai — Ein Tag danach —
   Tb 269 FWU
   (davon insbesondere der erste Teil: 1. Mai um die Jahrhundertwende — ca. 5 Minuten —)
   In der Tonbandaufnahme wird die mangelnde Solidarität unter den Arbeitnehmern dargestellt. Arbeiter, die am 1. Mai demonstriert haben, werden entlassen. Viele Arbeiter sind aus Furcht vor dieser Entlassung und des daraus folgenden Einkommensverlustes den Demonstrationen ferngeblieben und haben stattdessen gearbeitet, wie ihr Arbeitgeber es von ihnen verlangte.

c) Textauszug: Die Wirkung des solidarischen Handelns.

Unterrichtsverlauf

1. Zu Beginn des Unterrichts wird das Plakat aufgehängt. Die spontane Schüleräußerungen treffen noch nicht den Kern der Problematik. Deshalb wird zunächst der erste Teil des Tonbandes abgespielt.

2. Die Schüler diskutieren die Gründe und die Folgen mangelnder Solidarität. Dabei ziehen sie auch ihre Erfahrungen aus dem Spiel heran und berichten, wie einzelne Arbeitnehmer vergeblich für höhere Löhne gestreikt hatten.

Erst als alle gemeinsam für die Lohnforderungen eintraten, konnten diese gegenüber dem Arbeitgeber durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf den Inhalt des Plakates eingegangen: „Nur wenn mehrere ein schweres Problem anpacken, kann es gelöst werden."

3. Zur Verdeutlichung der angesprochenen Problematik wird der folgende Textauszug gelesen.

Textauszug

Die Wirkung des solidarischen Handelns

In den Naturwissenschaften erweckte in den letzten Jahren eine Erfindung Aufsehen: die Erfindung des Laser-Strahles. Beim Laser-Strahl werden Lichtstrahlen zu einem Bündel zusammengefaßt, es wird dadurch eine hohe Energie erreicht. Lichtstrahlen besitzen zwar als einzelne Strahlen Energie, doch diese ist relativ gering. Indem nun viele einzelne Strahlen zu einem Bündel zusammengefaßt werden, entsteht eine neue Qualität. Eine hohe Energie, mit Hilfe derer wir Betonwände, Stahlwände usw. durchdringen können. Wir könnten uns mit einer Taschenlampe — die das Licht noch ziemlich stark streut — jahrelang vor eine Betonwand stellen und dort einen bestimmten Punkt anstrahlen, an der Mauer würde sich dadurch nichts Wesentliches verändern. Haben wir jedoch das Licht genügend zusammengefaßt, dann können wir in kurzer Zeit die Mauer durchdringen. Wenn wir diese Darstellung auf das Handeln von Menschen übertragen, dann können wir ähnliche Eigenschaften entdecken. Richtet sich das Handeln vieler einzelner isoliert oder „gestreut" auf einen Kontrahenten, dann kann es sein, daß sie nicht viel erreichen. Gelingt es ihnen jedoch, ihr Handeln zusammenzufassen und es gebündelt auf einen Punkt zu richten, dann können sie auch gegen einen starken Widerstand durchdringen. Die Eigenschaft von Organisationen, das Handeln vieler einzelner zusammenzufassen, gibt ihnen die Möglichkeit, etwas durchzusetzen. Dabei kommt es auf den Grad der Zusammenfassung an. Erst dann, wenn das Einzelhandeln so weit zusammengefaßt worden ist, daß eine bestimmte Energie erreicht werden kann, erst dann ist eine Organisation auch wirksam.

aus: Der Konflikt um Lohn und Leistung — Reihe Theorie und Praxis der Gewerkschaften, EVA 1969, S. 71

Das *gemeinsame, gleichzeitige,* auf *ein Ziel* gerichtete Handeln wird als Merkmal der Solidarität herausgestellt.

Die Schüler erkennen, daß dieses gemeinsame Handeln von großen Arbeitnehmergruppen organisiert sein muß und daß die Arbeitnehmer deshalb Gewerkschaften gebildet haben.

Thema 8: Aktuelle Lohn- und Tarifkonflikte

Lernziele:

Die Schüler

— stellen Zeitungsausschnitte zu aktuellen Lohn- und Tarifkonflikten zusammen;
— lernen, Zeitungsartikel zu sichten und auszuwerten;
— erkennen, daß eine Lohnerhöhung u. a. durch Verhandlungen, Streikandrohung und Streik erreicht werden kann;
— analysieren den Verlauf von Lohnkonflikten.

Unterrichtsmittel

Aktuelle Zeitungsberichte zu Lohnverhandlungen und Arbeitskämpfen (Eine Bremer Tageszeitung stellte kostenlose Klassensätze zur Verfügung).

Unterrichtsverlauf

1. Kurz vor Beginn des Seminars und während des Seminars fanden verschiedene Tarifverhandlungen sowie ein Streik statt.

Den Schülern liegen verschiedene Ausgaben einer Bremer Tageszeitung (jeweils Klassensätze) vor. Sie erhalten zwei Arbeitsaufträge. Davon soll jeder Schüler mindestens einen ausführen:

A. Stellt Texte zusammen, die dokumentieren (aufzeigen), wie Lohnverhandlungen in der Realität verlaufen. Versucht Antworten auf folgende Fragen zu finden:
   a) Wie oft wird in der Wirklichkeit um höhere Löhne verhandelt?
   b) Für wieviel Arbeitnehmer kann eine Lohnverhandlung gelten?
   c) Wer verhandelt in der Wirklichkeit?

B. Stellt Texte und Bilder zusammen, die die *Ursachen*, den *Verlauf* und die verschiedenen *Folgen* eines Streiks veranschaulichen.

Zu A und B:

- Unterstreiche die wichtigsten Textstellen.
- Finde zu jedem Textauszug eine passende Überschrift.

2. Die Schüler tragen die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Zunächst wird der Verlauf der Lohnverhandlungen im Spiel mit dem realen Verhandlungsverlauf verglichen. Die Schüler nennen als wesentliche Unterschiede:

a) In der Wirklichkeit wird nur etwa einmal im Jahr um höhere Löhne verhandelt (feste Laufzeiten der Tarifverträge).

b) Die Lohnverhandlungen werden von den Tarifpartnern (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände) geführt. Der einzelne Arbeitnehmer verhandelt nicht direkt, sondern wird durch seine Gewerkschaft vertreten.

c) Lohnverhandlungen gelten jeweils für Tarifbezirke (z. B. für 95 000 Arbeitnehmer).

Die Begriffe „Tarifpartner", „Schlichter" und „Urabstimmung" werden erläutert. Anschließend wird auf verschiedene Streikarten eingegangen.

Als *Ursache* für Streiks nennen die Schüler die unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Zu dem *Verlauf* des Streiks diskutieren die Schüler über

- das Verhalten von Streikposten und „Streikbrechern";
- Zeitungsanzeigen der Arbeitgeberverbände die gegen den Streik gerichtet sind.

Die Schüler stellen die unterschiedlichen *Folgen* eines Streiks gegenüber:

- Produktionsverluste für die Firma;
- Verzögerungen bei der Versorgung der Kunden;
- Auswirkungen auf Zulieferer;
- Lohneinbußen;
- höhere Löhne für die Streikenden;
- Signalwirkung für Verhandlungen in anderen Tarifbezirken.

Sie erkennen, daß Streiks einerseits gesamtwirtschaftlich Verluste bringen, daß sie aber andererseits ein Machtmittel der Arbeitnehmer sind.

4.4. *Gruppendynamik und Freizeitverhalten*

4.4.1. Zusammensetzung der Gruppen während der Spiel- und Unterrichtszeiten:

Die Zusammensetzung wurde seitens der Spielleitung freigestellt. Einige Wortführer riefen sofort andere Schüler zu den 3 Spielgruppen zusammen.

Die Auswahl der An — Ag erfolgte durch Würfel, zufällig waren alle 3 Ag auch die Schüler, die beim Zusammenfinden der Gruppen eine Auswahl trafen.

Es muß davon ausgegangen werden, daß eine ähnliche Zusammensetzung auch bei Gruppenarbeit in der Schule zu finden ist.

Die Gruppen konstituierten sich erst bei Bildung der Sondergruppe neu.

Die Wechsler gaben neben Unzufriedenheit mit ihrem bisherigen Ag als Hauptgrund das Interesse an der neuen Betriebsstruktur und dessen Erprobung an.

4.4.2. Freizeitangebot und Freizeitverhalten:

Eine Freizeitplanung lag weder seitens des Erziehers noch der Unterrichtenden vor.

Im Heim selbst standen mehrere Arten Brettspiele, Kartenspiele, eine Tischtennisplatte und ein Fernsehgerät zur Verfügung. Von diesem Angebot wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, wobei die Gruppenzusammensetzung während der Arbeitszeiten keine Rolle mehr spielte, hier ging es nur nach Lust und Interessen.

Die Klasse arrangierte mehrere Tanzabende, die großen Anklang fanden. Besondere Zustimmung fand eine Schnitzeljagd, ebenfalls eine Nachtwanderung mit von Schülern durchgeführten Einlagen. Reine Wanderungen wurden mit nicht sehr großer Zustimmung aufgenommen.

Der nach dem Abendessen bestehende freie Ausgang, nur zeitlich begrenzt, wurde nur von einzelnen Schülern wahrgenommen, wobei diese aber nur in kleinen Gruppen das Heim verließen.

Hervorzuheben ist, daß 2 Schüler während des gesamten Aufenthaltes eine Art Führungsrolle übernahmen, die auch von der Klasse akzeptiert wurde. Aufkommende Streitigkeiten wurden von ihnen in den meisten Fällen geschlichtet, ohne daß ein Eingreifen des Erziehers nötig wurde.

Dieser Einfluß blieb auch während der Unterrichtszeiten bestehen. Im Hinblick auf Alkoholgenuß traten einmal Schwierigkeiten auf, als eine kleine Gruppe, vornehmlich Schülerinnen, angetrunken ins Heim von einem Gang in den Ort zurückkehrten.

Es bliebe zu diskutieren, inwieweit Alkoholerlaubnis vertretbar ist oder ob er generell zu verbieten sei.

4.4.3. Eigene Beteiligung an den Freizeiten:

Nach Unterrichtsende standen Erzieher und Unterrichtende ständig zur Verfügung.

Die Unterrichtenden wurden von der Klasse akzeptiert und integriert. Ein arbeitsbedingter Ausschluß der Unterrichtenden war nur schwer und zeitlich begrenzt möglich, da fast ununterbrochen Aufforderungen zu Spielen und Diskussionen an sie herangetragen wurden.

4.4.4. Verhältnis Klasse—Erzieher—Unterrichtende:

Nach anfänglicher Zurückhaltung der Schüler muß das Verhältnis Klasse—Unterrichtende als gut bezeichnet werden.

Disziplinare Schwierigkeiten tauchten kaum auf, sie wurden ohne größere Konfrontation beigelegt. Als regulierender Pol trat hier der Erzieher in Erscheinung — auch als eine der Klasse bekannte Autoritätsperson. Die Unterrichtenden wurden von der Klasse als Verantwortliche für die Durchführung des Seminars anerkannt, was sich aus in der überaus regen Mitarbeit am Thema erkennen ließ.

4.5. Abschlußfragebogen

Die Klasse — einschließlich des Klassenlehrers — sollte durch den nachfolgenden Abschlußfragebogen eine zusammenfassende Beurteilung des Schullandheimaufenthaltes geben.

Weiterhin sollten die Antworten zu den gestellten Fragen dazu beitragen, Mängel in Planung, Durchführung und Materialsammlung aufzudecken, um sie in einer weiteren Durchführung zu berücksichtigen.

Der Fragebogen entstand aus einer kurzfristigen Überlegung, die Fragen sind zu überarbeiten.

Die Antworten zu dieser ersten Durchführung des Planspiels in dieser Form sind nicht repräsentativ, eine generelle Aussage kann erst nach mehrmaliger Erprobung gemacht werden.

Fragen zur Auswertung

Nimm zu folgenden Fragen kurz Stellung:

1. Entsprach der Aufenthalt Deinen Vorstellungen und Erwartungen?
   Generelle Zustimmung, aber mit folgender Differenzierung:
   Mehr Berufsgespräche: 4
   Mehr Diskussion: 3
   Einseitig (Thema): 2
   Anforderungserwartung zu hoch: 20
   Anforderungserwartung nicht erfüllt: 6

2. Versuche eine Selbsteinschätzung Deiner Lernerfolge aus diesem Seminar.
   Einblick in die Arbeitswelt: 18
   Einsatz für eine Sache (Solidarität): 4
   Einblick in ungerechte Vermögensverteilung: 2
   Keine Antwort, da Gefahr einer zu hohen Selbsteinschätzung: 2

3. Wie beurteilst Du das Planspiel, ist es interessant und wirklichkeitsnah?
   Interessant: 18
   Langweilig, wenn zu lange gespielt: 2
   Beschäftigungsanreiz mit Gesamtproblem Arbeit: 2

4. War der Wechsel Spiel—Unterricht in der Zeitfolge richtig?
   Sinnvoller Wechsel: 14
   Spiel und UT je 1/2: 2
   UT zu lange: 1
   Gesamteinsatz nur vormittags: 2

5. Waren die Texte und Tonbänder verständlich oder zu schwer?
   Verständlich: 19
   Anregender als im Schulbetrieb: 1
   Zum Teil schwierig: 1

6. Standen Texte/Tonbänder im Zusammenhang mit dem Spielgeschehen und waren sie zur Erläuterung notwendig?
   Notwendig: 18
   Bedingt notwendig: 2
   Abwechslungsreicher Einsatz: 4

7. Was hat Dir besonders gefallen?
   Zeitungsarbeit: 8
   Tonband (Nicht viel Denkarbeit): 10
   Buch „Creutz": 9
   Arbeitsformen: 4
   Diskussionen: 3
   Spiel: 10
   Freizeitangebot:
   Essen: 8
   Verhältnis Schüler/Lehrer/Unterrichtende: 4

8. Was hat Dir nicht gefallen?
   Wenig Freizeit: 3
   Ausarten des Spiels in Gruppenkampf: 4
   Zeitweilige Hektik: 1
   Sitzordnung bei Diskussionen: 3

Schullandheim Hepstedt

Auswertung des Abschlußfragebogens

Das Spiel fand generell Zustimmung und wurde auch als interessant beurteilt.

Folgende Differenzierungen wurden vorgenommen:

Frage 1:

Entsprach der Aufenthalt Deinen Vorstellungen und Erwartungen?
Ein Teil der Klasse erwartete eine straffe Unterrichtsorganisation mit Anforderungen, die auf Grund der Komprimierung über denen der Schule liegen würden (ca. 30 Prozent).
Die übrigen Schüler erwarteten, wie aus dem Fragebogen zu ersehen ist, mehr Berufsgespräche und Diskussionen über auftretende Probleme.
Der Einwand der Einseitigkeit kann insofern nicht gelten, da der Aufenthalt unter einem festen Thema stand.

Frage 2:

Versuche eine Selbsteinschätzung Deiner Lernerfolge aus diesem Seminar.
18 von 20 Schülern gaben an, durch das Spiel einen Einblick in die Arbeitswelt erhalten zu haben. 2 Schüler gaben keine Antwort, da die Gefahr einer zu hohen Selbsteinschätzung zu groß sei.
Außerdem wurden noch die Notwendigkeit der Solidarisierung und die offenkundig ungerechte Vermögensverteilung angeführt.

Frage 3:

Wie beurteilst Du das Planspiel, ist es interessant und wirklichkeitsnah?
Das Planspiel ist übereinstimmend als interessant beurteilt worden mit der Einschränkung, daß eine zu lange Beschäftigung (1 Woche) langweilig wird (2 Schüler).
Das Modell kann nicht vollkommen wirklichkeitsnah sein, da viele Faktoren ausgeklammert werden. Diese Reduktion ist notwendig, da das Spiel sonst zu umfangreich wird.

Frage 4:

War der Wechsel Spiel—Unterricht in der Zeitfolge richtig?
Der Wechsel wurde als überwiegend sinnvoll beurteilt, nur 3 Schüler hielten eine Einteilung vormittags Spiel — nachmittags Freizeit für besser.
Einige Schüler bemängelten, daß zu wenig Pausen eingeplant waren.

Frage 5:

Waren die Texte und Tonbänder verständlich oder zu schwer?
Texte und Tonbänder wurden mit einer Ausnahme als verständlich empfunden.

Frage 6:

Standen Texte/Tonbänder im Zusammenhang mit dem Spielgeschehen und waren sie zur Erläuterung notwendig?

Der direkte Zusammenhang mit dem Spielgeschehen wurde hervorgehoben, das Angebot als abwechslungsreich empfunden.

18 Schüler hielten den Einsatz für notwendig, 2 für bedingt notwendig.

Frage 7:

Was hat Dir besonders gefallen?

Besonderen Anklang fand die Arbeit mit Zeitungsausschnitten über den gerade aktuellen Streik der Metaller, da im Spiel auch Streiks durchgeführt wurden.

10 Schüler fanden das Tonband zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gut, unter anderem mit der Begründung, daß dabei nicht viel Denkarbeit zu leisten gewesen wäre.

Der Arbeitsbogen war offensichtlich leicht und wurde nicht als Arbeitsbelastung empfunden.

Frage 8:

Was hat Dir nicht gefallen?

4 Schülern mißfiel das Ausarten des Spielens in einen Kampf der Gruppen gegeneinander bzw. gegen eine Gruppe. Es stellte sich heraus, daß diese Auseinandersetzungen auch nach Unterrichtsende weitergeführt wurden.

3.3. *Zusammenfassung*

Die wichtigsten Ergebnisse, die die Erprobung gebracht hat, sollen noch einmal zusammengefaßt werden. Gleichzeitig werden Schwerpunkte für die Weiterarbeit am Unterrichtsmodell festgelegt.

1. Das Planspiel „Lohn und Gewinn" hat auf die Schüler eine starke Motivation ausgeübt, die weit über die Spielphasen hinausreichte.
2. Die Bearbeitung des Seminarthemas über ca. 28 Unterrichtsstunden war möglich, ohne daß wesentliche Motivationskrisen unter den Schülern auftraten.
3. Durch das Spielmodell werden ökonomische und politische Sachzusammenhänge veranschaulicht, die in der Realität nur schwer erkennbar sind.
4. Das Spielmaterial sollte nicht isoliert eingesetzt werden, da das Spielgeschehen und das Geschehen in der Realität auf Grund der notwendigen Modellreduktion niemals voll übereinstimmen können.

Der Modellcharakter des Planspiels muß den Schülern deutlich werden, damit sie Realität und Modell kritisch miteinander vergleichen können.

5. Nachdem die Schüler die reduzierten Konflikte im Modell durchgespielt haben, sind sie *motiviert* und *fähig*, die normalerweise für Schüler schwer durchschaubaren Interessengegensätze und Machtverhältnisse in unserer Wirtschaft zu untersuchen und die Problematik der Einkommens- und Vermögensverteilung zu reflektieren.

6. Die Schüler sind während des Planspiels einem Zeitablauf unterworfen, in dem sie die Struktur des Modells veränderen können. Dadurch wird ihnen verständlich, daß es auch in der Realität — allerdings meist über längere Zeiträume — Möglichkeiten zur Veränderung ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen gibt. Durch Vergleiche mit historischen Arbeits- und Abhängigkeitsverhältnissen kann diese Veränderbarkeit gleichzeitig veranschaulicht und problematisiert werden.

7. Weder die Durchführung des Seminars noch die Auswertung ist vom inhaltlichen und formalen Aufbau ausgereift.

   Vielmehr ist ein unvollständiges Zwischenergebnis erreicht worden, das als Grundlage für weitere Erprobungen dienen kann.

8. Eine didaktische Analyse der Unterrichtsinhalte wurde zwar vorab geleistet, konnte aber aus Zeitgründen nicht in der wünschenswerten Ausführlichkeit dargestellt werden.

   Insbesondere an dieser Stelle wird intensiv weitergearbeitet werden müssen.

9. Die Lernzielplanung und der Unterrichtsverlauf müssen vor einer weiteren Erprobung überprüft und gegebenenfalls verbessert werden.

10. Die Auswertung der Lernerfolge und der Motivation sollte bei der nächsten Erprobung wesentlich differenzierter vorgenommen werden.

11. Die Beobachtung und Darstellung der Gruppendynamik sollte erweitert werden.

12. Unterrichtsbeginn bzw. Spielanfang sollten in ausreichendem Abstand zu den Mahlzeiten festgelegt werden.

    Die feste Einplanung von Pausen und deren Länge hat sich als nicht zweckmäßig erwiesen, da Zeitverschiebungen durch Unterricht und Spiel möglich und aufgetreten sind. Die Pausenanzahl sollte nach vorherigen Anforderungen variiert werden, ebenfalls die Pausenlänge.

Aus der Arbeit in den Bundesländern

Schullandheim-Verband Berlin e. V.

Der Berliner Landesschulrat Herbert Bath überreichte am Donnerstag, dem 7. November 1974, dem Rektor i. R. Johannes Schultz das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Herr Schultz hat sich in über 50jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit um die Schullandheimarbeit verdient gemacht. Er war von 1954 bis 1958 und von 1962 bis Januar 1974 1. Vorsitzender des Schullandheim-Verbandes Berlin. Von 1955 bis 1969 war er Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Schullandheime. Von 1961 bis Februar 1974 leitete er die Arbeitsgemeinschaft Berliner Schullandheimvereine. Heute ist er Ehrenvorsitzender des Schullandheim-Verbandes Berlin e. V.

Durch seinen selbstlosen Einsatz hat er wesentlich dazu beigetragen, daß der durch die Kriegsfolgen für Berlin entstandene Verlust an Schullandheimen durch Pacht und Neugründung von Heimen weitgehend ersetzt werden konnte.

Berlin-Zehlendorf

Das Schullandheimwerk Berlin Zehlendorf e. V. hat mit dem Ende des Jahres 1974 eine erfolgreiche 20jährige Tätigkeit hinter sich. Am 1. 1. 1955 begann der Ende 1953 gegründete Verein seine praktische Arbeit, indem fünf verschiedene Vertragsheime mit Zehlendorfer Klassen beschickt wurden. Das Augenmerk richtete sich aber auf den Erwerb eines Eigenheims, was im Sommer 1958 gelang, als die Waldgaststätte „Haus Tannenberg" in Rehau bei Hof/S. gekauft wurde. Systematisch wurde im Laufe der 20 Jahre dieses Haus ausgebaut und vergrößert, und durch Zukauf von angrenzenden Waldgrundstücken konnte der Charakter seiner Lage am Waldrand erhalten werden.

Das Haus Tannenberg kann gut zwei Klassen aufnehmen. Ihnen stehen 9 Schlafräume verschiedener Größe, 2 Tagesräume und 5 Wohn-/Schlafräume für Lehrer zur Verfügung. Dazu vervollständigen 2 Krankenzimmer, 4 Waschräume, 2 Duschanlagen und 4 Mehrfachtoiletten die Einrichtung des Hauses neben all dem, was noch zum Wirtschaftsbetrieb gehört. Hier fühlen sich die Besucher, wie die vielen Äußerungen es immer wieder bezeugen, wohl, wozu auch die Betreuung durch verständnisvolle Heimeltern gehört. Die Beliebtheit des Heimes zeigen die steigenden Besucherzahlen. Das Jahr 1974 schließt mit einer Zahl von über 20 000 Tagesportionen ab.

Unser Werk ist ein gutes Beispiel dafür, wie aus dem Nichts ein Millionenobjekt entstehen kann, wenn es gelingt, immer wieder die Elternschaft und die Lehrer zu mobilisieren. Durch deren Hilfe gewann der Verein das Ansehen, daß sich auch die Schulen, die Behörden und weitere Organisationen entschlossen, diese Arbeit wirksam zu unterstützen.

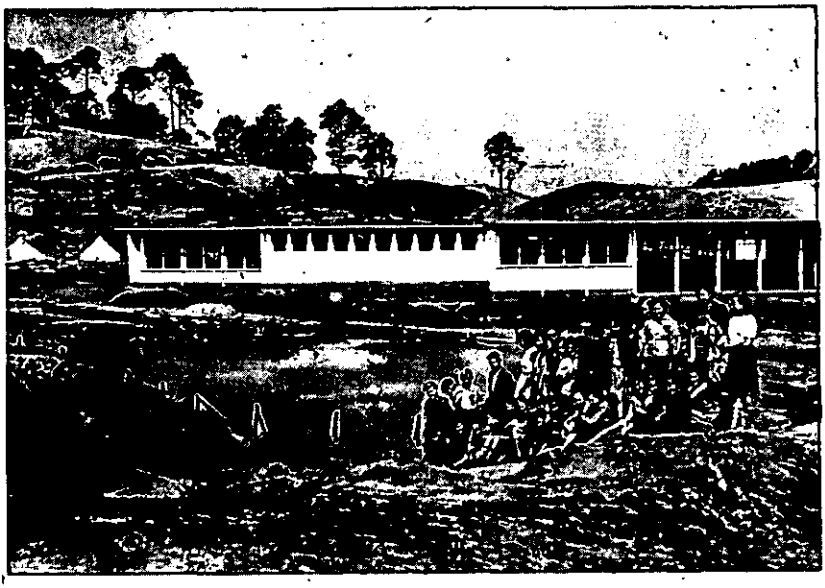
Nicht zuletzt ist dieser Erfolg den außerordentlich guten Arbeitsbedingungen zu verdanken, die durch die Lage des Heims im Fichtelgebirge am Rande des Frankenwaldes in einer industriell und landwirtschaftlich gut aufgeschlossenen Gegend gegeben ist. Die vorhandenen Betriebe sind durch ihre mittlere Größe gut überschaubar, wodurch sie auch für die jüngeren Schüler, die die Mehrzahl der Gäste stellen, lohnende Anschauungsobjekte sind.

Im Augenblick wird von den Klassen, die das Heim besuchen, ein Modellversuch durchgeführt, dessen Grundlagen vom vereinseigenen pädagogischen Ausschuß erarbeitet worden sind. Diesem Ausschuß gehören Lehrer aller in Zehlendorf vertretenen Schulgattungen an, während der zu den Beratungen hinzugezogene Heimleiter die Koordinierung der Arbeiten überwacht. Es geht dabei um die Mitarbeit der Klassen bei der Ausgestaltung eines größeren Waldstücks zu einem Spiel- und Sportgelände. Alle Gastklassen von 1975 haben ihre Aufgaben übernommen und führen die schon 1974 begonnenen Untersuchungen und Arbeiten fort.

Zum 20jährigen Bestehen der Freiluftschule Walter May

Entstehung und Ausbau des Heimes

19. März 1951: Anläßlich eines Lichtbildervortrages zur Erinnerung an die vor 25 Jahren (1926) durchgeführte Alpenfahrt zum ersten Landheim einer Reinickendorfer Volksschule im Montafontal in Österreich sprach in einem Elternabend der 11. Schule (heute Mark-Twain-Schule) der damalige Lehrer Johannes Schultz den Gedanken aus, Reinickendorf möge im Heiligenseer Dünengelände am Nordrande der Tegeler Forsten ein bezirkseigenes Schullandheim erbauen. Bei der Gründung der Bezirksgruppe Reinickendorf des Schullandheim-Verbandes Berlin e. V. wurde am 15. März 1952 von ihm vor allen Schulleitern des Bezirks dieser Vorschlag eindringlich wiederholt.



Herr Bezirksschulrat Walter May stimmte dieser Idee mit dem Leiter des Volksbildungsamtes, Herrn Stadtrat Zylka, und den Schulräten Wilhelm Weiß und Ewald Dahlke freudig zu.

Am 8. Mai 1952 machte Herr Bezirksschulrat May vor den Schulleitern die überraschende Mitteilung, daß Reinickendorf vom Senat 100 000,— DM für den Bau einer Regenhalle für Ferienspiele erhalten könne, wenn Bauland und eine Bauzeichnung zur Verfügung stehen würden.

Es entstand sofort der Gedanke, ein Mehrzweckhaus mit dem Gelde zu errichten.

Am 22. Mai 1952 entwarf der Bezirksbeauftragte für Schullandheimarbeit, Johannes Schultz, im Auftrage von Herrn Walter May den Raumbedarfsplan für ein zweiklassiges Schullandheim. Das Bauamt Reinickendorf entwickelte daraus einen ausführlichen Bauplan, dessen erster Bauabschnitt durch Einbau von 2 Klassenräumen für ganzjährigen Betrieb auch als Freiluftschule Verwendung finden konnte. Nach einer Besichtigung des vorgeschlagenen Geländes am Dünenhang durch Herrn May und Herrn Schultz ergab sich, daß das Grundstück städtisches Eigentum ist.

Am 17. Juni 1953 erfolgte durch die Stadträte Zylka und Schley und einen Vertreter des Senats die Standortfestlegung für den Bau, der im August 1953 begonnen wurde. In aller Stille wurde die Grundsteinlegung am 11. September 1953 durchgeführt.

Leider starb am 29. Oktober 1953 Herr Walter May, der trotz schwerer Erkrankung sich in Verhandlungen mit der Kämmerei unermüdlich dafür eingesetzt hatte, daß der Bau am ausgewählten Platz in gedachter Form errichtet werden konnte.

Das Richtfest des Hauses fand am 12. Dezember 1953 statt.

Die erste Probebelegung vollzog Rektor Johannes Schultz mit seiner 6. Klasse der 7. Grundschule vom 26. bis 28. August 1954.

Man schlief auf Strohsäcken in den Klassenräumen, nach der Einweihung am 16. September 1954 durch Herrn Landesschulrat Fechner und Herrn Bezirksbürgermeister Dünnebacke auch in vom Schulamt Reinickendorf und vom Schullandheim-Verband Berlin e. V. zur Verfügung gestellten Zelten auf Zeltpritschen und Luftmatratzen.

Die Bezirksverordnetenversammlung beschloß am 20. Oktober 1954, zur Ehrung des ehemaligen Berliner Stadtrats für Volksbildung, des verdienten Pädagogen Walter May, der ersten Freiluftschule Berlins den Namen „Freiluftschule Walter May" zu geben.

Herr Bezirksbürgermeister Dünnebacke führte in einer Feierstunde am 14. Dezember 1954 die Namengebung vor. Er enthüllte das vom Schulamt gestiftete Bild des Verstorbenen.

Nach Deckenschäden am 17. Juni 1957 erfolgte bis Juni 1959 eine Gesamtrenovierung des Gebäudes, der Anbau einer kleinen Heimleiterwohnung, die Errichtung des Brunnens und des Geräteschuppens.

Eine Summe von rund 200 000,— DM erforderte der weitere Ausbau des Hauses, der vom Juli 1969 bis zum Juni 1970 dauerte. Von nun an standen die offene Halle, der Heim- und Eßraum, vier Schlafräume für Kinder mit zusammen 36 Betten, ein Lehrer- und ein

Begleiterzimmer, eine offene Terrasse und eine kleine Teeküche den Benutzern zur Verfügung. Die Heimleiterwohnung wurde auf 2 1/2 Zimmer erweitert. Ölheizung und Warmwasserversorgung ermöglichten jetzt auch die volle Winterbelegung des nun nach Aufforstung in herrlichem Mischwald am Dünenhang gelegenen Heimes.

Dank sei allen gesagt, die bis hierher an dem Gemeinschaftswerk dienstlich oder ehrenamtlich mitgewirkt haben!

Belegung, Verpflegung und Verwaltung 1974

Unsere Freiluftschule erfreut sich bei Lehrern und Schülern sehr großer Beliebtheit und eines wachsenden Zuspruchs.

In den Jahren von 1962 bis 1972 weilten 431 Klassen und Gruppen mit 13 789 Lehrern und Schülern bei 40 340 Belegungstagen vom 3. Schuljahr an im Heim, für dessen pflegerische Betreuung seit 20 Jahren Frau Renate Petersen vom Bezirksamt eingesetzt ist. Frau Petersen hat besten Kontakt zu Lehrern und Schülern und erfreut sich ihrer großen Hilfsbereitschaft und ihres freundlichen Wesens wegen besonderer Wertschätzung. Sie erfüllt ihre Aufgabe als Hauswart wie eine rechte Heimmutter mit Umsicht und Herz.

Die Schulleitung lag von 1954 bis zum 30. 9. 1966, dem Tage seines Ausscheidens aus dem amtlichen Schuldienst, in der Hand von Rektor Johannes Schultz.

Seit dem 1. 10. 1966 ist der stellvertretende Schulleiter, Herr Wolfgang Strelow, amtlicher Leiter der Freiluftschule Walter May. Er nimmt unter anderem die Meldungen der Klassen zur Belegung entgegen, die Frau Petersen im Belegungskalender vermerkt.

Zu den Besuchern gehören besonders Grund- aber auch Oberschulklassen aus Reinickendorf und anderen Bezirken, gelegentlich auch aus der Bundesrepublik und aus dem Auslande. Lehrergruppen unter anderem aus den USA mit Prof. Göring, dem Leiter der amerikanischen Freilufterziehungsbewegung kehrten erfreut hier ein. In jedem Jahr nehmen mehrere Waldjugendgruppen der „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald" hier bei Waldarbeitseinsätzen Aufenthalt. Gruppen von körperbehinderten Kindern fühlen sich besonders wohl in unserem Heim.

Eltern- und Lehrerkonferenzen wie auch Wanderleiterkurse werden hier durchgeführt.

Die Belegungsdauer für Klassen und Gruppen beträgt 3 bis 10 Tage. Die Ganztagsverpflegung lieferte 19 Jahre hindurch die Bezirksküche Charlottenburg. Seit dem 1. 10. 1973 kommt die Verpflegung aus der Bezirksküche Neukölln.

Der Tagessatz für Verpflegung und Unterkunft beträgt pro Person zur Zeit 7,50 DM.

Für Reinickendorfer Klassen zahlt das Schulamt Reinickendorf einen Zuschuß von 0,75 DM pro Tag und Kind. 20 Prozent der Kinder und Lehrer erhalten einen täglichen Zuschuß von 1,25 DM.

Verein „Freunde der Freiluftschule Walter May e. V."

Im Februar 1963 gründeten Rektor Johannes Schultz und Schulrat Alfred Schnell den gemeinnützigen Verein „Freunde der Freiluftschule Walter May e. V.", der sich aus Eltern und Lehrern zusammensetzt und zur Zeit rund 70 Einzel- und Korporativmitglieder umfaßt. Sein Ziel ist die Förderung des Ausbaus der Freiluftschule zum Schullandheim und einer Stätte internationaler Schülerbegnung.

Seine Mittel werden durch Beiträge und Spenden aufgebracht, deren Erträge für Beschaffung von Gegenständen für das Heim, Verbesserung der Verpflegung, Instandhaltung usw. verwendet werden.

Mitglieder des Vereins leisten freiwillig unentgeltlich Arbeiten in Haus und Garten, führen Reparaturen und Ausbesserungen uneigennützig durch.

Ein Verwaltungsausschuß regelt im Auftrage des zuständigen Schulrates Dobrinski die Belegung und die Verpflegung.

Er setzt sich zusammen aus den Herren Wolfgang Strelow, Leiter der Freiluftschule, Horst Meyer, Kassierer und Johannes Schultz, 1. Vorsitzender des Vereins „Freunde der Freiluftschule Walter May e. V.".

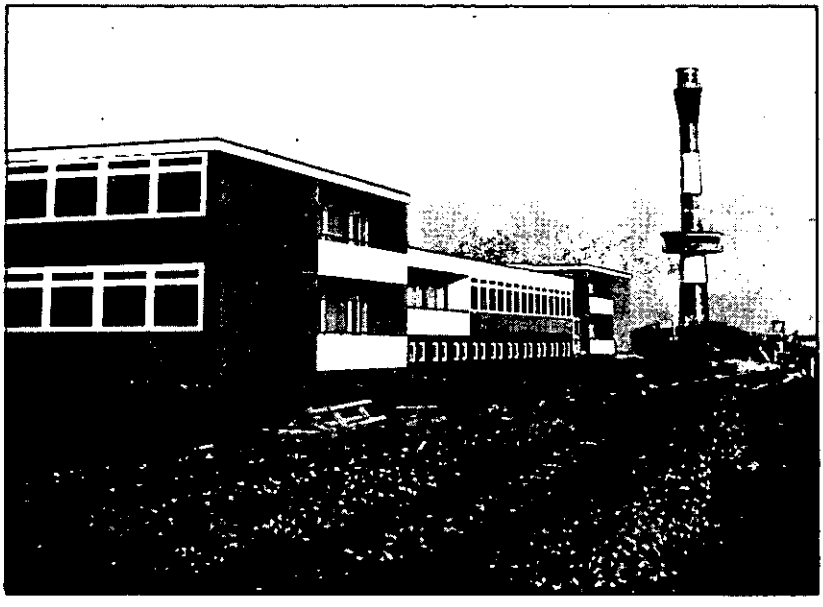
Durch die ehrenamtliche Tätigkeit des Verwaltungsausschusses werden die organisatorischen Arbeiten wesentlich erleichtert und Kosten eingespart, die sonst den Etat des Bezirks belasten würden.

Bei der Verwirklichung unseres Gemeinschaftswerkes zeigte sich von Anfang an eine erfreuliche Zusammenarbeit von Eltern, Lehrern und Schulverwaltungsstellen im Interesse der Kinder, denen so pädagogisch wertvolle Schullandheim-Aufenthalte ermöglicht werden.

Der Verein „Freunde der Freiluftschule Walter May e. V." gehört zur Arbeitsgemeinschaft Berliner Schullandheim-Vereine und ist korporatives Mitglied im Schullandheim-Verband Berlin e. V. und im Verband Deutscher Schullandheime e. V.

Johannes Schultz

Neues Schullandheim auf Wangerooge



Wohl eines der gegenwärtig schönsten Schullandheime in der Bundesrepublik wurde am 8. Februar 1975 auf der Nordseeinsel Wangerooge eingeweiht. Nachdem das alte Bünder Schullandheim, das viele Jahre mancher Schülergeneration gedient hat, im Osten der Insel vom Verfall bedroht war, die Gemeinde aber auch keine Genehmigung zur baulichen Verbesserung erteilen wollte, blieb nichts anderes übrig, als dem Gedanken eines Neubaues näherzutreten. Das war leichter gesagt als getan. Wer wollte sich der großen Aufgabe unterziehen? Nun, der Schullandheimverein fand in Hans Niewöhner, Lehrer an der Realschule in Bünde, den Mann, der das Werk mit Kopf und Verstand, Herz und Gemüt anpackte und den einmal gefaßten Plan nicht mehr aus dem Auge und aus dem Sinn ließ, wenn auch seine Kollegen ihn bei den Geldsummen, die genannt wurden, nicht „recht bei Troste" wähnten.

Der Neubau im Westen von Wangerooge, der also im wesentlichen auf die Initiative Hans Niewöhners zustande kam, umfaßt 40 Zimmer mit jeweils vier Betten, vier Krankenzimmer, acht Lehrerappartements mit insgesamt 16 Betten sowie einen Wirtschaftsteil mit neun Betten. Im Herbst 1973 wurde der Bau begonnen, der nun seiner Bestimmung übergeben wird. Die Geschosse wurden mit Betonfertigteilen errichtet.

Herkömmlich gebaut sind nur das Fundament und das Kellergeschoß. Das Schullandheim hat 8 500 Kubikmeter umbauten Raum. Als Nutzfläche des Heimes, zu dem ein großes Grundstück gehört, gelten 1 950 Quadratmeter.

Hans Niewöhner machte in unermüdlichem Einsatz, der ihm viele Hilfe (aber auch einen Herzinfarkt) einbrachte, das Geld locker, bei vielen Stellen. Das Land Nordrhein-Westfalen gab aus dem Landesjugendplan für das 2 200 000,— DM-Projekt einen verlorenen Zuschuß in Höhe von 800 000,— DM, die Stadt Bünde steuerte von sich aus 500 000,— DM bei, eine weitere kleine Stadt, die an der Belegung des Heims interessiert ist, gab 230 000,— DM, 250 000,— DM kamen zinslos aus der Bank für Sozialwirtschaft usw., so daß der Schullandheimverein nur noch einen relativ kleinen Betrag zu verzinsen und zu amortisieren braucht. Hier wurde ein Signal gesetzt und ein Beispiel gegeben, das anderen Mut machen kann! Daß das Heim allen modernen Anforderungen und hygienischen Ansprüchen genügt, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Grüße und Glückwünsche seitens des Bundesverbandes und des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen überbrachte Dr. Walter Requardt.

Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Am 6. 12. 1974 fand in Wuppertal die Jahreshauptversammlung des nordrhein-westfälischen Schullandheim-Verbandes statt, für die der DPWV bei freundlicher Bewirtung seine Räume zur Verfügung gestellt hatte. Über 70 Anmeldungen lagen vor, doch mußten einige Mitglieder kurz zuvor aus triftigen Gründen absagen. Der Vorsitzende, Dr. Walter Requardt, begrüßte die Anwesenden, insbesondere den Geschäftsführenden Vorsitzenden des Bundesverbandes Deutscher Schullandheime, Hans Schenk, sowie den Geschäftsführer des Landesverbandes im DPWV, Klaus Müller, der als Gastgeber die Versammlung willkommen hieß und ihr einen guten Verlauf wünschte.

Nach Erledigung einiger Formalien gab Dr. Requardt den Jahresbericht 1973/74. Während etliche Schullandheime finanzielle Sorgen nicht verheimlichen, eines hat deswegen sogar schließen müssen, haben andere Heime Erweiterungsbauten vorgenommen, zum Teil von sehr beträchtlichem Umfang, ein neues, nach Planung und Durchführung vorbildlich schönes Schullandheim wurde auf der Nordseeinsel Wangerooge errichtet. Die Reisekostenmittel werden für das Jahr 1975 insgesamt um 10 Prozent erhöht. Bei der Verteilung

dieser Reisekostenmittel wird 1975 zum ersten Mal ein anderer Modus als der in den Vorjahren zur Anwendung kommen. Die gesamten Reisekostenmittel werden auf die fünf Regierungsbezirke verteilt — auch für die Gymnasien und deren Schullandheime —, so daß es ratsam ist, daß sich die Schullandheimträger rechtzeitig mit dem für sie zuständigen Regierungspräsidenten in Verbindung setzen. Nach wie vor wirkt sich die Trennung von Grund- und Hauptschule nachteilig für manchen Schullandheimverein aus, erneut sogar und schlimmer als zuvor durch den neuen Wandererlaß vom 18. 7. 1974, der zwar die Aufenthaltsgenehmigung von vierten Grundschulklassen im Schullandheim vorsieht, darüber hinaus aber keinen weiteren Spielraum zuläßt. Die Grundschulen kamen bezüglich der Belegung ihrer Heime also vom Regen in die Traufe, da der alte Erlaß, wonach Schullandheim-Aufenthalte „in der Regel vom 5. Schuljahr an" durchgeführt werden konnten, den Schulaufsichtsbeamten mehr Freiheit ließ. Dr. Requardt berichtete über die Dienststellen im Kultusministerium, die für diesen Wandererlaß verantwortlich zeichnen, sowie um alle Bemühungen — auch seitens des Deutschen Jugendherbergswerkes und der GEW —, den Grundschulklassen den Weg ins Schullandheim freizugeben. Es sei geradezu erschütternd, daß man in einer Zeit, in der man Eltern und Schülern ein Mitspracherecht in der Schule einräume, so wenig oder gar nicht auf jahrzehntelange Erfahrungen alter Schullandheimer gehört habe. die zu mehreren im Kultusministerium vorgesprochen hätten. Dabei habe man auf die Grundschulklassen in Hamburg und Bremen hingewiesen und entsprechende Berichte aus unserer Fachzeitschrift „Das Schullandheim" vorgelegt und dort gelassen. Es bleibe zur Zeit nichts anderes übrig, als aus vornehmlich pädagogischen Gründen weiterhin zu fordern, Schullandheim-Aufenthalte generell auch für die dritten Schuljahre zu genehmigen. Im Verlauf von zwanzig Jahren hätten wir es geschafft vom 6. über das 5. auch das 4. Schuljahr in Landheime zu bringen, das müßte für das 3. nun auch möglich gemacht werden!

Über die bisher schwerpunktmäßig geförderten Heime hinaus können einzelne Schullandheim-Träger noch aus Mitteln des Landesjugendplanes für 1975 bedacht werden, sofern entsprechende Anträge vorliegen. Die neue Regelung für Mehrarbeitsentschädigung trifft die Schullandheim-Aufenthalte nicht, da vergütbare Mehrarbeit auch dann vorliegt, wenn der Unterricht außerhalb des Schulgebäudes erteilt wird. Die neuen Bestimmungen für die Durchführung von Erholungsmaßnahmen im Rahmen des Ferienhilfswerks während der Ferien lassen es bei der unvergleichlich hohen ehrenamtlichen Mehrbelastung verständlich erscheinen, wenn möglicherweise Schullandheim-Vereine Zuschüsse aus diesen Mitteln künftig nicht mehr beantragen. Für 1975 soll es noch bei der alten Regelung verbleiben.

Hans Schenk referierte über Zielsetzungen und Tendenzen der Schullandheim-Pädagogik und Probleme ihrer Durchführung. Er verwies auf die Möglichkeit, an Modellversuchen teilzunehmen, für die vom Bund in den nächsten Jahren Mittel zur Verfügung gestellt würden. Er kündigte an, daß das in Vorbereitung befindliche Handbuch für die Schullandheimarbeit mit dem ersten Teil im Herbst 1975 erscheinen solle.

Nachdem Walter Schlereth den Kassenbericht und Aloys Staudt den Prüfungsbericht gegeben hatten, wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende des Landesverbandes, Dr. Walter Requardt, dankte seinen Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und wies auf seinen schon vor zwei Jahren bekanntgegebenen Entschluß hin, nicht erneut für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren. So wie er nahezu zwanzig Jahre lang im Vorstand des Verbandes Deutscher Schullandheime versucht habe, tätig zu helfen, sei er auch weiterhin dort wie im Landesverband bereit, dies zu tun. Weiterhin teilt er der Versammlung mit, daß der bisherige 2. Vorsitzende, Werner Valentin, ihn bereits im Sommer 1974 davon in Kenntnis gesetzt habe, daß er aus gesundheitlichen Gründen nicht, wie vorgesehen war, für das Amt des 1. Vorsitzenden oder ein anderes im Vorstand kandidieren werde. Von diesen Voraussetzungen sei die Vorstandssitzung am 25. 10. 1974 in Wuppertal bei ihren personellen Überlegungen für die Neuwahl ausgegangen.

Hans Niewöhner übernimmt sodann auf Vorschlag der Anwesenden die Versammlungsleitung für die Neuwahl des 1. Vorsitzenden. Er dankt dem bisherigen Vorsitzenden für dessen unermüdliche ehrenamtliche Arbeit über viele Jahre hinweg zugunsten der Schullandheime, besonders in Nordrhein-Westfalen, und stellt den Antrag, Dr. Requardt zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Verband deutscher Schullandheime zu wählen und ihm dieses Amt anzutragen. Die Wahl erfolgt einstimmig seitens der Anwesenden durch Erheben von den Plätzen. Dr. Requardt nimmt das Ehrenamt an.

Nach vorausgegangener Beratung wird auf Vorschlag des Versammlungsleiters Realschullehrer Harald Retzlaff, Dinslaken, Schloßstraße 69, bisheriger Leiter der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Duisburg und seit längerem Mitglied des Pädagogischen Arbeitskreises im Bundesverband, zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt. Er nimmt das Amt an, übernimmt die weitere Leitung der Versammlung und erklärt, die Hilfe seines Amtsvorgängers gern in Anspruch zu nehmen.

Weiterhin werden gewählt zum

2. Vorsitzenden	Herr Bott, Düsseldorf
Schriftführer	Herr Stöfken, Duisburg
Kassenführer	Herr Haase, Bielefeld
1. Kassenprüfer	Herr Staudt, Wuppertal
2. Kassenprüfer	Herr Valentin, Bielefeld

Leiter der Regionalen Arbeitsgemeinschaften:

Ostwestfalen	Herr Keßner, Halle/Westf.
Ruhrgebiet	Herr Glaubitz, Hamm
Bereich Düsseldorf	Herr Schlereth, Düsseldorf
Bereich Duisburg	von Harald Retzlaff vorerst wahrgenommen
Köln-Aachen	steht noch aus

Der Geschäftsführende Vorsitzende des Bundesverbandes, Hans Schenk, versichert, daß der Bundesverband auch weiterhin Dr. Requardt um Mitarbeit bitten wird. Auf seinen Hinweis wählt die Versammlung den neuen Vorsitzenden, Herrn Retzlaff, zum Vertreter Nordrhein-Westfalens im Länderbeirat des Bundesverbandes.

Städtenotizen

Dinslaken

Die Städte Dinslaken und Walsum bewarben sich um die Übernahme der Trägerschaft für das Schullandheim des Kreises in Norderney. In der gestrigen Sitzung beschloß der Kreistag einmütig, den Antrag der Stadt Dinslaken zu berücksichtigen, der vom Hauptausschuß gestellt worden war. Allerdings muß auch noch der Dinslakener Stadtrat, der sich heute mit der Frage befaßt, seine Zustimmung geben. Durch den Übergang vom Kreis auf den neuen Träger wird gewährleistet, daß alle Kinder aus dem jetzigen Kreisgebiet auch künftig in den Genuß der Erholung auf Norderney kommen. Dinslaken übernimmt vom Kreis die sich aus den eingegangenen Darlehensverpflichtungen ergebenden finanziellen Belastungen. Es handelt sich um Zins- und Tilgungsleistungen von insgesamt 365 000 DM. Darüber hinaus soll eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung nicht stattfinden. Die Stadt Dinslaken will mit den Nachbarn öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen, die das Belegungsrecht der Vertragsparteien und die Verteilung aller durch die Übernahme, den Betrieb und die Unterhaltung des Heimes entstehenden ungedeckten Kosten regeln. Auch mit der Stadt Wesel sollen Verhandlungen wegen einer Beteiligung aufgenommen werden.

(„Rheinische Post", Dinslaken, 4. 10. 74)

Düsseldorf

50 Jahre Schullandheim Hitzenlinde

Das Schullandheim Hitzenlinde wurde in diesen Tagen 50 Jahre alt. Auf Initiative von Lehrern, Eltern und Schülern der Städtischen Oberrealschule am Fürstenwall, des heutigen Geschwister-Scholl-Gymnasiums, gegründet, darf es zu den ältesten Häusern im Deutschen Schullandheim-Verband gezählt werden. Mit diesem Jubiläum verbindet sich für Generationen von Schülern verschiedener Düsseldorfer Schulen die Erinnerung an viele schöne und unbeschwerte Stunden im Allgäu.

Bereits 1923 unternahm die Schule Fahrten nach Spiekeroog, wo unter Beibehaltung des Unterrichts die gesundheitliche Förderung der Schüler im Vordergrund stand. Im selben Jahr kam es auch zur Gründung des Vereins der Freunde der Oberrealschule am Fürstenwall, der den Rückhalt für den Kauf eines eigenen Schullandheims geben sollte. Im Frühjahr 1924 wurde für 8 000 DM im stillen Eschatal (Allgäu) eine alte Bauernkneipe mit einigen Morgen Land gekauft. Damals war alles im Haus noch sehr einfach. Es bedurfte laufender Verbesserungen. Bis zum Beginn des letzten Krieges waren fast stets zwei Klassen im Haus. Kriegsschicksal: Abgabe des Heims an die NSV, dann französische Besatzungsmacht; erst 1950 kommt das Heim wieder in die Hände des Vereins. Seitdem ging es mit dem Hause dauernd aufwärts. Als die Schule die Koedukation einführte, mußten Umbauten erfolgen. Gegenwärtig kann das Heim Hitzenlinde 65 Schüler(innen) aufnehmen. Nach den Plänen des Düsseldorfer Architekten Dipl.-Ing. Koop wird das Haus modernisiert. An dem Kostenaufwand von 370 000 DM beteiligt sich auch die Stadt Düsseldorf.

Das Jubiläum war Anlaß zu einem Tanzabend mit Tombola am 12. Oktober in den Räumen des Geschwister-Scholl-Gymnasiums. 1 200 Ehemalige, Schüler, Lehrer und Eltern waren erwartet worden, über 2 500 kamen. Pausenhalle, Aula und Klassenräume waren in ein festliches Ballhaus

verwandelt worden. Schuleigene Bands spielten. Ein umfangreiches kaltes Büfett, von den älteren Jahrgängen gestiftet, wurde restlos ausverkauft. Eine Tombola sowie ein eigener „Hitzenlinde-Kalender" standen im Blickpunkt des Interesses. Über 200 Schüler betätigten sich als Ober, Verkäufer und Ordner. Ältester Teilnehmer war ein 86jähriger „Ehemaliger".

(„Düsseldorfer Nachrichten", 11., 15. 10. 74, „Rheinische Post", 14. 10. 74 u. a.)

Hanau

Nach lebhafter Debatte fand sich im Hanauer Stadtparlament eine große Mehrheit — bestehend aus SPD und CDU — für die Bewilligung einer halben Million DM zur Erweiterung des Hanauer Schullandheimes Rückersbach. Wirtschaftlich effektiv kann nur ein Ausbau des Heims auf 96 Betten sein statt der früher geplanten 80 Betten. Auf Doppelbetten wird verzichtet. Zusammen mit dem notwendigen Bau einer Trafostation ist ein Aufwand von 550 000 DM erforderlich.

(„Hanauer Anzeiger", 17. 9. 74)
(Vgl.: Städtenotizen, „Schullandheim", Nr. 91 und 92)

Hiddenhausen

Die SPD-Fraktion des Rates der Gemeinde Hiddenhausen weilte am Wochenende zu einem Arbeitsbesuch in Langeoog, wo man dem Schullandheim „Kajüte" einen Besuch abstattete. Nach eingehender Besichtigung des völlig umgestalteten Hauses und seiner modernen Ausstattung fand eine Sitzung statt, auf der viele Fragen erörtert wurden. Auch Heimleiter Guschmann war um einen Erfahrungsbericht gebeten worden. Fazit: Das Schullandheim der Gemeinde Hiddenhausen ist nicht nur optisch ansprechend, auch die Ausstattung der Räume und die technische Einrichtung werden heutigen Ansprüchen gerecht. Eine Ausnahme davon bilden nur die Aufenthaltsräume für Lehrer und Erzieher, die neu gestaltet werden sollten. Als Spende der SPD-Fraktion wurde dem Heimleiter ein Gutschein für 5 Fahrräder überreicht.

(„Westfälische Rundschau", Herford, 1. 10. 74)

Kassel

Das Schullandheim der Grundschule Wilhelmshöhe in Niedenstein war 1974 mit fast 6 000 Übernachtungen voll belegt. 49 Schulklassen und Gruppen, zumeist aus Kassel, haben das Heim in der Zeit vom März bis November besucht. Nach der Umwandlung der Bürgerschule in eine Grundschule hatte der Schulverein vor der Frage gestanden, was mit dem Heim in Niedenstein geschehen solle. Statt zu resignieren, wagte er die Flucht nach vorn: Neu getäfelte Schlafräume, Warmwasserduschen in allen Waschräumen und eine moderne elektrische Kücheneinrichtung sind Beispiele für Verbesserungen, die in selbstloser Eigenhilfe von Lehrern, Eltern und ehemaligen Schülern unter erheblichen Opfern geschaffen wurden. Heute steht das Schullandheim Niedenstein allen interessierten Schulen und Gruppen zur Verfügung. Schon jetzt liegen für 1975 zahlreiche Anmeldungen vor.

(„Hessische Allgemeine", Kassel, 6. 12. 74)

Kreis Beckum-Warendorf

Im Rahmen der Lehrerfortbildung kamen 50 Leiter der Grund- und Sonderschulen des Kreises Beckum-Warendorf zu einer mehrtägigen Fortbildungsveranstaltung im Schullandheim Wulmeringshausen zusammen. Der neue Kreis Warendorf steht mit den vier Schullandheimen Wulmeringshausen, Büsum, Mellau und dem städtischen Heim Ahlens inn Winterberg einmalig da. Das ist nur möglich gewesen, weil der Kreis die Heime im günstigen Augenblick zu guten Bedingungen anmieten konnte. Auch tragen erhebliche Eigenleistungen der Schüler durch Reinigung der Häuser und Selbstbeköstigung wesentlich zur Kostensenkung bei.

Zu Beginn der Tagung hielt der Dozent für Lehrerfortbildung, Oberschulrat Schausten, Münster, ein Grundsatzreferat, in dem er die Möglichkeiten der Lehrerfortbildung heute aufzeigte. Schulrat Elsner stellte in seinem Referat: „Lernen und Erleben im Schullandheim" die Bedeutung solcher Heimaufenthalte heraus und stand zu dem neuen Wandererlaß Rede und Antwort. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden am nächsten Tag bei einer Orienntierungswanderung in die Praxis umgesetzt. Mit Kompaß und Karte ging es gen Westen zum Fort Fun mit seinen Freizeitangeboten. Viele Kursusteilnehmer überzeugten sich selbst bei einer Rutschpartie zu Tal von der Ungefährlichkeit der Sommergleitbahn. Die beiden neu erstellten Filme über Wulmeringshausen erbrachten neben viel Lob auch manche kritische Bemerkung, damit vielleicht Änderungen und Ergänzungen bei einem zweiten Film aufgenommen werden können.

Von weiteren Themen sei noch das Referat der Schulrätin Ahlers: „Ausländerbetreuung in der Schule" genannt. In einem Schlußwort stellte Rektor Raup aus Stromberg fest, daß die Veranstaltung für alle ein großer Gewinn gewesen sei, vor allem, weil erfahrungsgemäß die Schulleiter wegen Organisations- und Verwaltungsschwierigkeiten weniger dazu kämen, solche Veranstaltungen zu besuchen.

(„Westfälische Nachrichten", Münster, 26. 10. 74)
(Vgl: Städtenotizen, „Schullandheim", Nr. 90)

Kreis Grevenbroich

Das Schullandheim des Kreises Grevenbroich, die Eifelburg Karpen, wurde in den letzten 14 Tagen der Sommerferien für 85 Kinder des Kreises im Alter von 8-13 Jahren zur Heimstatt. Wanderungen und Geländespiele in der hügeligen, waldreichen Umgebung, Tagesfahrten nach Luxemburg, Busfahrten über sämtliche Kurven des Nürburgrings, zu den Maaren bei Daun, in die Vulkanberge und Marmorfabriken standen auf dem Programm. Bei schlechtem Wetter wurde auf der Burg musiziert, gelesen, gebastelt und getanzt. Den Höhepunkt bildete das große Lagerfeuer. Keiner hat die Heimfahrt gern angetreten; viele wollen im nächsten Jahr wieder dabei sein.

(„Neuß-Grevenbroicher Zeitung", 12. 9. 74)

Löhne

Das Bünder Schullandheim auf der Insel Wangerooge war das Besichtigungsziel von drei Vertretern der Löhner Stadtverwaltung. Löhne will sich nämlich wie die Stadt Lemgo am Bünder Schullandheim beteiligen. Überrascht war die Delegation von dem modernen Bau, der persönlichen Atmosphäre und dem selbstlosen Einsatz des Vereins Bünder Schulland-

heim. Man bereitet nun die ersten Belegungen Löhner Klassen auf Wangerooge vor. Der Stadt Löhne stehen acht volle Belegungswochen mit 160 Betten zur Verfügung.

(„Bad Oeynhauser Anzeiger", 12. 9. 74)

Minden

Nach Fertigstellung des I. Bauabschnittes steht das Schullandheim des Kreises Minden-Lübbecke ab Mitte Januar 1975 allen Jugend- und Sportgruppen sowie Schulklassen wieder zur Verfügung. Das Schullandheim liegt in der Nähe der höchst gelegenen Harzer Bergstadt St. Andreasberg 800 m über dem Meeresspiegel. Der moderne Neubau in der weiten und schönen Harzlandschaft prägt die Besonderheit dieses Heimes. Das Haus verfügt über 116 Betten in modernen 5- und 2-Bett-Zimmern. Auf jeder Etage befinden sich ausreichende und gut ausgestattete Waschräume mit Duschanlagen. Außerdem sind für die Begleitpersonen 7 Einzelzimmer mit eigenen Waschgelegenheiten vorhanden. Ein Klassenraum mit 63 qm Grundfläche, ein Fernsehraum, ein großer Speiseraum mit ca. 80 Plätzen sowie ein kleiner Eßraum mit 40 Plätzen können von den Besuchern für gemeinsame Veranstaltungen genutzt werden. Flurbereiche mit einladenden Sitzgruppen. Eine Heimbücherei und ausreichendes Spielmaterial stehen ebenso wie eine begrenzte Anzahl von Leihskiern bereit. Die Tagessätze betragen für Jugendliche 12,50 DM und für Erwachsene 15,50 DM einschl. Übernachtung.

(„Mindener Tageblatt", 4. 7. und 11. 10. 74)

Mülheim

Noch bevor das Schullandheim Dachsberg bei Kamp-Lintfort am Niederrhein aufgegeben wird, soll das Haus in Hohenunkeln am Rhein so geändert sein, daß dort eine Schulklasse zusätzlich untergebracht werden kann. Dazu werden die Räume des Hausmeisterehepaares benötigt, die sich im 2. Stock befinden. Für den Hausmeister entsteht ein neues Wohnhaus. 150 000 DM waren dafür bereits im Etat 1973 eingesetzt. Ein weiterer Ausbau ist für die nächsten Jahre geplant. Das Schullandheim Dachsberg ist schon zum 31. Dezember 1974 gekündigt worden. Die Stadt hatte dort 36 000 DM jährlich an Miete gezahlt. Die Gesamtkosten für dieses Heim beliefen sich mit allen Zuschüssen auf 250 000 DM je Jahr. Es war im Schnitt 20 Wochen belegt, so daß rund 1 300 Jungen und Mädchen jährlich in dem Heim waren. Allerdings läßt sich die Kapazität von Hohenunkeln nicht so ausweiten, daß der Verlust von Dachsberg voll aufgefangen wird. Das ist aber auch nicht notwendig, weil die ganzjährige Belegung beider Schullandheime bereits schwierig wurde. Neben Schülerinnen und Schüler weiterführender Schulen wurden in letzter Zeit auch Schüler des vierten Grundschuljahres zugelassen. Die Jugendlichen zahlten bisher 4,50 DM je Tag. Die Stadt gab einen Zuschuß von 10 DM hinzu. Mit diesen Sätzen wäre es auch möglich, bei starkem Andrang in Hohenunkeln auf Jugendherbergen auszuweichen.

(„Westdeutsche Allgemeine", Mülheim, 31. 7. 74)

Velbert/Heiligenhaus

Der Gemeinde- und Elternanteil für die Entsendungen zum Schullandheim Bergneustadt sollen ab Januar 1975 von 72 auf 80 DM je Kind und Entsendetermin erhöht werden. Die derzeitigen Kosten von 144 DM je Termin (60 DM Elternanteil, 60 DM Gemeindeanteil und je 1 DM Eltern- und Gemeindeanteil pro Tag für die ausgefallene Kreiswirtschaftsbeihilfe)

können aufgrund der Kostensteigerungen nicht mehr gehalten werden. Die Ausgaben für Renovierung, Wäschereinigung, Lebensmittel und für das Personal haben sich von 1973 auf 1974 so erheblich gesteigert, daß die Erhöhung der Aufenthaltskosten unumgänglich ist.

(„Velberter Zeitung", 19. 12. 74)

Wilhelmshaven

Für 80 Wilhelmshavener Mädchen und Jungen ist ein moderner Neubau neben den bisherigen Gebäuden des Heimes Rüstringen im Westen der Insel Wangerooge entstanden. Vor 50 Jahren hatte der Heimbetrieb in einer Marinebaracke begonnen. Nach und nach waren die Gebäude vervollständigt worden, doch ein moderner Erweiterungsbau mit Heizung erwies sich als immer dringlicher. Nachdem die Stadt Wilhelmshaven zu den rund 500 000 DM Baukosten einen Zuschuß von 128 000 DM bewilligt hatte und die noch offenen Finanzlücken durch zinsgünstige Kredite geschlossen werden konnten, erfolgte Anfang Juni die Grundsteinlegung. Bereits Ende November soll der Neubau schlüsselfertig übergeben werden. Neben 76 Schlafplätzen in Vier-Bett-Zimmern wird er moderne sanitäre Anlagen, Duschen, Zentralheizung, zwei Lehrerzimmer und einen Aufenthaltsraum enthalten. Die jetzigen Schlafsäle werden nach Inbetriebnahme des Neubaus in Tagesräume für Unterricht, Sport, Freizeitbeschäftigung umfunktioniert. Insgesamt wird man in Zukunft rund 100 Schüler im Heim unterbringen können.

(„Wilhelmshavener Presse", 26. 9. 74)